

Artikel, Resolutionen, Beiträge etc. von Josef Frey für den 8. Parteitag (1925) in der *Roten Fahne*, Zentralorgan der KPÖ

Nr.		Datum, Nr., Seite(n)	Seiten
1	Thesen über die Taktik der KPOe. zum 8. Parteitag, vorgelegt von J. Frey	29.7.1925, Nr.177, S.4	1
2	Resolution zum Tätigkeitsbericht. Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt, von Frey, Tomann, Koritschoner, Ketzlik, Deubler, Stift und Genossen	2.9.1925, Nr.206, Beilage S.3-4	2
3-1	Thesen über die Taktik der KPOe. Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt, von Frey, Tomann, Koritschoner, Ketzlik, Deubler, Stift und Genossen [Teil 1]	2.9.1925, Nr.206, Beilage S.4	1
3-2	Thesen über die Taktik der KPOe. Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt, von Frey, Tomann, Koritschoner, Ketzlik, Deubler, Stift und Genossen [Teil 2]	5.9.1925, Nr.209, S.5	1
5-1	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 1]	5.9.1925, Nr.209, S.5-6	2
5-2	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 2]	6.9.1925, Nr.210, S.5	1
5-3	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 3]	9.9.1925, Nr.212, S.5	1
5-4	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 4]	10.9.1925, Nr.213, S.6	1
5-5	Josef Frey: Die nächsten Aufgaben und die Gesundung der Partei [Teil 5]	11.9.1925, Nr.214, S.6	1
6	Josef Frey: Koreferat zum Bericht [des Parteivorstands auf dem 8. Parteitag]	17.9.1925, Nr.219, S.4	1
7	Die Diskussion auf dem VIII. Parteitag. Schluß der Debatte über den Bericht. Genosse Frey	18.9.1925, Nr.220, S.6	1

Thesen über die Taktik der KPDe.

zum 8. Parteitag, vorgelegt von J. Frey.
Antrag III

Die Lage.

Die Lage im Weltmaßstab ist objektiv revolutionär. Die Beruhigungstendenzen beginnen wieder die Stabilisierungstendenzen zu überwinden (China, Marocco).

Auch in Oesterreich ist die Lage objektiv revolutionär. Oesterreich in seiner heutigen Form ist auf kapitalistischer Basis lebensunfähig. Es muß den Großteil seiner Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Ausland beziehen und hat den Großteil seiner Absatzmärkte verloren. Die kapitalistische Sanierung hat daran nichts geändert, denn sie war und ist nicht imstande, zu bewirken, daß der gesamte vorhandene Wirtschaftapparat profitabel verwendet werden könnte. Ein bedeutender Teil des Industrieapparates ist endgültig entwertet und zwar nicht nur im österreichischen Rahmen, sondern im Rahmen eines beliebigen größeren kapitalistischen Wirtschafts- oder Staatsgebildes. Die Arbeitslosigkeit nimmt nach Zahl und Dauer einen Umfang an, der relativ größer ist als irgendwo auf der Welt. Die kapitalistische Sanierung wäre nur möglich, wenn das österreichische Proletariat bereit wäre, sich zu Hunderttausenden widerstandslos vernichten zu lassen. Das ist trotz aller reformistischen Verleumdung bei dem Klassenbewußtsein des österreichischen Proletariats unmöglich. Darum ist die kapitalistische Sanierung Oesterreichs unmöglich. Die Sanierung Oesterreichs ist möglich nur auf kommunistischer Basis, auf der Basis der proletarischen Diktatur.

Die außenpolitische Orientierung.

Der Genfer Pakt hat Oesterreich zur Kolonie der großen und kleinen Entente gemacht und dem österreichischen Proletariat die Doppelfront des österreichischen und der Ententekapitalisten entgegengesetzt. Die Genfer Sanierung ist bankrott, die Doppelfront aber ist geblieben. Die Ententeimperialisten suchen für ihre Kolonialherrschaft eine festere Form: Donauföderation, Kolonunion, „Selbständigkeit“ Oesterreichs mit handelspolitischen Erleichterungen usw. Diesen imperialistischen Plänen, die die dauernde Knechtung des wertvollen Volkes Deutschlands sichern und zugleich ein neues Kampfinstrument gegen die Sowjetmacht schaffen wollen — die Lösung „Föderation der Donauräterepubliken“ ist ebenso, wie die Lösung „Föderation der Donau-Balkanräterepubliken“ eine objektive Förderung dieser imperialistischen Pläne der Entente — legt die KPDe. den Kampf entgegen für die Lösung: **A n s c h l u ß a n D e u t s c h l a n d** durch die Revolution unter dem Banner der proletarischen Diktatur!

Der Kurs der verschärften Konterrevolution.

Auf der innerpolitischen Front steht das österreichische Proletariat, dessen Kampfwille mit dem Schwänden der Sanierungsillusionen langsam wieder anzufangen beginnt, der Front der Bourgeoisie gegenüber, deren rechten (faschistischen) Flügel die Eisengruppe, deren linken („demokratischen“) Flügel die österreichische Sozialdemokratie bildet. Wie in allen Ländern seit der Weltkriege, so hat auch in Oesterreich die Bourgeoisie für ihre Politik zwei Eifen im Feuer Gegenwärtig treibt sie unter dem Druck ihres rechten, faschistischen Flügels den Kurs der verschärften Konterrevolution. In nicht sehr ferner Zeit wird sie vor der Krisenfrage stehen, ihre dritte Partei, die Sozialdemokratie, in die Regierung aufzunehmen, die Methoden der verschärften konterrevolutionären Gewalt ablösend durch die „demokratischen“ Methoden, durch den „demokratischen“ Kurs der verschärften Konterrevolutionären Betrug, um sich mit Hilfe der Täuschungspolitik der sozialdemokratischen Führer die nötige Atempause zu schaffen für einen noch gewalttätigeren konterrevolutionären Kurs.

Die Sozialdemokratie ist die dritte Partei der Bourgeoisie. Die einzige Arbeiterpartei ist die kommunistische Partei. Diese Lösungen dürfen durch lediglich phonographische Wiederholung nicht abgedrückt werden. Die Partei muß die Möglichkeit dieser Lösungen den Proletariaten immer wieder politisch erweisen.

Daß die Bourgeoisie auf ihrem konterrevolutionären Vormarsch so weit kommen, daß die sozialdemokratischen Führer dieses Vormarsches durch ihre Verzichtspolitik so wirkungsvoll unterstützen konnten, das wurde erleichtert durch die Genfer und die Dawes-Illusionen und gefördert durch das politische und gewerkschaftliche Verlagen der KPDe. (seit dem sechsten Parteitag) durch mehr als zweiinviertel Jahre, insbesondere in der Zeit bis zur Reichskonferenz (November 1924).

Die nächsten zentralen Aufgaben der Partei.

Die Befreiung des österreichischen Proletariats aus der sozialen Knechtschaft, die Befreiung des wertvollen Volkes Oesterreichs aus der nationalen Unterdrückung ist zu oerwirklichen nur auf einem einzigen Wege: auf dem Wege der proletarischen Revolution. Die proletarische Revolution in Oesterreich zu organisieren und zum Siege zu führen, ist die Aufgabe der KPDe. Sie wird sie bewältigen, indem sie getreu den Volkswirtschaftsthesen der Erweiterten Konferenz vom April 1925 die Volkswirtschaft der Partei auf allen Gebieten ernst, energisch, ausdauernd durchführt.

Die nächsten Hauptaufgaben, die sich auf diesem Wege der Partei stellen, sind: mit der großen Masse des österreichischen Proletariats wieder Fühlung zu gewinnen, die

Eroberung der ausgedehnten Schichten des österreichischen Proletariats in Angriff zu nehmen und die Heranziehung der bäuerlichen Masse an die revolutionäre Front einzuleiten.

Die Taktik der Einheitsfront.

Das wichtigste taktische Mittel zur Bewältigung der nächsten zentralen Aufgaben der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Taktik der Einheitsfront, die nur eine Methode ist der revolutionären Agitation, Organisation und Mobilisation der Massen. Die KPDe. kämpft für alle Tagesnöte des Proletariats und legt ehrlich ihre ganze Kraft ein, die einheitliche proletarische Kampffront zustande zu bringen. Weil der Mechanismus der sozialdemokratischen Politik das Eingehen der sozialdemokratischen Führer auf die ehrlichen Angebote der KP. für die Tagesnöte des Proletariats ernst in einheitlichen Kampf zu treten, absolut ausschließt — denn jeder ernste Kampf für die proletarischen Tagesfragen macht die Durchführung der kapitalistischen Sanierung unmöglich, die unter allen Umständen zu sichern das wirkliche Ziel aller sozialdemokratischen Politik ist — darum kommt die einheitliche proletarische Kampffront nicht zustande, darum kann sie nicht zustande kommen, darum führt die Einheitsfronttaktik unvermeidlich zur Entlarbung der sozialdemokratischen Führer, darum ist eine Koalition der KP mit der Sozialdemokratie absolut ausgeschlossen. Gegen die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern kann, muß und wird die Partei verwickeln, indem sie, solange die sozialdemokratischen Führer eine bedeutende Macht sind, die Taktik der Einheitsfront von unten kombinieren wird mit der von oben, wobei jedoch für die Durchführung die Einheit von unten in jedem Fall die Grundlage bilden muß.

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik wird die Partei, alle rechten und linken Gefahren vermeidend, die konkreten Umstände des Ortes, der Zeit und des politischen Stoffes berücksichtigen, initiativ vorgehen, nicht mechanisch verfahren, organisatorische Ansat, Hülf-, Stützpunkte für den einheitlichen Kampf schaffen und ausbauen, bei allen Verhandlungen mit gegnerischen Spitzen immer und unter allen Umständen die kommunistische Selbständigkeit und die Deffektivität der Verhandlungen wahren und durch kluges Mandrieren alle Täuschungsmanöver, womit sich die sozialdemokratischen Führer, die Schuld auf die KP. schiebend, vom einheitlichen Kampfe drücken wollen, durchkreuzen.

Die KPDe. wendet die Einheitsfronttaktik an: um dem Proletariat im Kampf mit seinen Tagesnöten zu helfen; um die proletarischen Massen der KP. der einzigen Arbeiterpartei, zu nähern; letzten Ordes um die Massen im nächsten Maße im Kampf zu schulen und durch die Kämpfe zu mobilisieren für den revolutionären Befreiungskampf. Die KPDe. wird im Kampfe für die proletarischen Tagesfragen immer auch die kommunistischen Ziele aufzeigen, in allen Kämpfen die wichtigste Aufgabe aufrollen und sie zusammenfassend durch die zentrale Machtlösung der Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nur eine andere Bezeichnung für die proletarische Diktatur, eine Bezeichnung, die klar und den Massen verständlich anzuzeigen will, daß die proletarische Diktatur sich auf das Proletariat und seine bewaffneten und unbewaffneten Klassenorgane stützt, aber herrscht, regiert, verwaltet im Interesse aller Ausgebeuteten, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der Stadt- und Dorfproletarier, der Kleingewerbetreibenden sowie der breiten bäuerlichen Massen, die nicht ausbeuten, sondern ihrerseits vom Kapital ausgebeutet werden, die Mittelbauern inbegriffen. Die Partei wird immer unabweisend aufzeigen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung niemals durch parlamentarischen Kaufhandel, sondern einzig und allein durch die revolutionäre Massenaktion zu verwirklichen ist, durch den revolutionären Sturm der Bourgeoisie und die Zurückführung der Sowjetmacht, erkämpft von den Werttätigen, insbesondere den besten Teilen der wertvollen Bauern unter der Führung des Proletariats im Bürgerkrieg.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist keine Koalition zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sie ist keine liberale „Arbeiterregierung“, sie ist keine sozialdemokratische „Arbeiterregierung“, mag diese eine Minderheits- oder Mehrheitsregierung sein. Die KPDe. rechnet mit der Möglichkeit einer sozialdemokratischen Miteinregierung in Oesterreich schon für absehbare Zeit. Sie weiß, daß selbst eine sozialdemokratische Mehrheitsregierung immer und unter allen Umständen Koalitionspolitik treiben wird, das heißt niemals die Regierungsmacht als Kampfinstrument gebrauchen wird zur Befreiung der Bourgeoisie. Dennoch wird die KPDe. nicht unter allen Umständen für den sofortigen Sturm einer sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ in Oesterreich eintreten. Die Partei stellt sich darauf ein, daß sie der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ möglicherweise die Gelegenheit geben wird, durch eine genügende Praxis den wahren, verlässlichen Charakter der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ vor den proletarischen Massen zu enthüllen.

Als besonders wichtige Lösungen im Kampfe um die Arbeiter- und Bauernregierung wird die Partei die Lösungen der proletarischen Produktionskontrolle, der Bewaffnung des Proletariats und des Reichsbetriebsratelotografes hervorheben.

Conkige taktische Fragen.

Die Partei lehnt die Schwanzpolitik als rechte Abweichung ab, weil sie die Partei ins Schlepptau der Sozialdemokratie bringt. Diese Taktik des Nachhinkens, vom 6. Parteitag bis zur Reichskonferenz (November 1924) geübt, wurde von der Reichskonferenz theoretisch beurteilt, praktisch aber bis zum heutigen Tage weiter betrieben (Grünbacher Kampf). Die Partei wird künftighin zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, auch dem politischen Stoffe nach richtig konzentrieren.

Die Spontanitätstheorie, die lediglich die spontanen Massenbewegungen abwartet will, während es Aufgabe der KP. ist, darüber hinaus Massenbewegungen auszulösen, lehnt die KP. als rechte Abweichung ab, ebenso als linke Abweichungen die Offensivtheorie („Ob Sieg, ob Niederlage, die KP. wird dabei auf jeden Fall gewinnen“) und das Gerede politischer Kompagnen (seiner Organisationsmittel, Uebererschwingliche Ueberbewertungen („unmittelbar revolutionäre Situation“ und dergleichen), die zu ultralinken Fehlern führen müßten und führten, wird die Partei vermeiden, indem sie sich bolschewistischen Realismus zur Richtschnur nimmt. Sie lehnt die unklare Lösung „Aktionspolitik statt Propagandapolitik“ ab und ist sich darüber klar, daß die KPDe. gegenwärtig zu jener ersten Gruppe kommunistischer Parteien gehört, die die Erweiterte Konferenz im April 1925 als solche bezeichnet, „die erst noch eine vorwiegend propagandistische Periode durchmachen, also die ersten Schritte in der Sammlung breiter Massen unter dem Banner des Kommunismus tun“.

Nachdem die Partei jene Periode der vollkommenen Unklarheit überwinden hat, wo die Notwendigkeit einer Eindeutigkeit von den führenden Elementen in der Praxis als Luxus betrachtet wurde, wird sie stets daran arbeiten, die jeweilige Linie der KP. nicht nur gebanklich für Oesterreich zu konkretisieren, sondern auch praktisch konkret in Oesterreich durchzuführen.

In der Agrarfrage wird die Partei stets eintreten für entscheidungsgelose Entgeltnung aller großen Grundbesitze, sowie aller Kirchengüter und für deren kostenlose Verteilung an die Landproletarier und Landarmen Bauern.

In der Steuerfrage wird die Partei, die lediglich negative Steuerpolitik absehnend, kämpfen für die Lösung: **Keine Lasten auf das Proletariat, alle Lasten auf die Bourgeoisie!**

Der wichtigste Teil der Volkswirtschaftsaufgabe der Partei ist gegenwärtig die richtige Arbeit in den Gewerkschaften. Die Partei wird den ersten Schritt zur richtigen Gewerkschaftsarbeit machen, in dem sie die entscheidenden Entschcheidungen der KP. verwirklicht. Überflüssig: Arbeit überall und ganz besonders auf dem gewerkschaftlichen Gebiet bekämpfend, wird die Partei zur konkreteren Behandlung des gewerkschaftlichen Stoffes übergehen. Die gegenwärtig wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben sind: die Bekämpfung der Austrittsbewegung, die Rückführung der Ausgetretenen und Ausgeschlossenen, der Kampf für die Gewerkschaftseinheit überhaupt, in nationalem und internationalem Maßstab, der Kampf um die Eroberung der gewerkschaftlichen Positionen innerhalb der Gewerkschaften, zur Eroberung und Revolutionierung der Gewerkschaften.

Die nächste organisatorische Hauptaufgabe.

Durch planmäßige, befristete Umstellung der Parteilagengliederung auf die Betriebszellen, als grundlegende Parteizellen wird die Partei die Volkswirtschaft auch organisatorisch durchführen.

Durch Klärung zur Gewandung und zum Vorkampf.

Nach Liquidierung des einseitigshäftigen „verschärften Belagerungszustandes“ durch die Reichskonferenz (November 1924) müssen die noch immer vorhandenen letzten Reste des feindlichen „gemilderten Belagerungszustandes“ raschestens abgelöst werden durch einen Zustand, in dem die Einheit der Partei und die Parteizellenprinzipien benannt wird in der Genießlichen Lösung „Einheit der Handlungen, Freiheit der Erörterung und Kritik“ und in den Beschläßen der KP. über die Disziplin und die Diskussion. Die breite kameradschaftliche und freimütige Ansprache über die nächsten Aufgaben der Partei auf Grund der gegebenen Lage im Lichte der Erfahrungen und Lehren der Bergangzeit führt zur Gewandung der Partei und öffnet die Bahn zu neuem Vormarsch.

Resolution zum Tätigkeitsbericht.

Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt von Freh, Lomann, Koritschoner, Rehlik, Deubler, Stiff und Genossen.

Auf Wunsch der obengenannten Genossen bringen wir folgende Resolution, Thesen und Erklärungen in der von ihnen gewünschten Reihenfolge.

Die Red.

Die Hauptwurzel der ideologischen Unklarheit der Partei liegt von allem Anfang an in der vorzeitigen Geburt der Partei, deren Gründung taktisch richtigerweise erst einige Monate später hätte erfolgen sollen, nämlich erst, nachdem in der Arbeiterchaft, die durch die Verschmelzung des „linken“ Adler mit den Sozialpatrioten in vollkommener Illusion befangen war, durch die Praxis der sozialdemokratischen Koalitionspolitik die ersten ernstlichen Zweifel an der Sozialdemokratie hervorgerufen worden waren. Die vorzeitige Gründung hatte zur Folge, daß sich der Partei Proletariat anschloßen, deren Kampf- und Opferwillen gewaltig war, die aber politisch unerfahren und ideologisch sehr unklar waren. Die ideologische Unklarheit setzte sich und mußte sich in der Praxis der Partei immer wieder in Fehler umsetzen und wick nur auf dem Wege bitterer Erfahrungen überaus langsam einer gewissen Klärung. Selbst 1922, das Jahr vor dem 6. Parteitag, wo ein merklicher Aufstieg zu verzeichnen war, war nicht frei von manchen Unklarheiten und manchen Fehlern.

Der Zeitschnitt, über welchen der Tätigkeitsbericht auf dem 8. Parteitag zu erstatten ist, umfaßt den ganzen Zeitraum vom 6. Parteitag, März 1923, bis zum heutigen 8. Parteitag.

Vom 6. Parteitag bis zur Reichskonferenz November 1924.

Diese Periode ist durch folgende Hauptfehler charakterisiert: Mangel einer politischen Linie, Schwanken, Taktik des Nachhineins, Mangel einer genügend konkreten Durcharbeitung des Stoffes, die Stimmung der Masse als zu ausschließlich bestimmender Faktor für die taktische Entscheidung, Mangel an organisatorischer und überhaupt systematischer Arbeit. Diese Hauptfehler zeigten sich wie auf allen Gebieten auch auf dem Gebiet der Gewerkschaftsarbeit. Insbesondere bestand die Kluft zwischen der Gewerkschaftsarbeit und der Partei weiter.

Diese Fehler führten und mußten führen trotz der aufopferndsten Arbeit der leitenden Genossen und der ganzen Partei zu einem Rückgang des politischen Einflusses der Partei.

Parteipolitisch suchte die damalige Führung ihre Autorität fast nur mechanisch zu verankern. Der schwerste Fehler, den sie da beging, war die Unterbindung der Diskussion. In dem die geistige Klärung der Partei gehemmt wurde, war der Partei das wirksamste Mittel genommen, die Parteikrise, die nur der äußere Ausdruck der tiefen ideologischen Verwirrung der Partei war und ist, zu liquidieren, was im höchsten Maße den schleppenden Verlauf der Krise herbeigeführt hat.

Die Hauptfehler, die sich aus dieser ersten Periode der Parteikrise für die weitere Arbeit der Partei ergeben, sind:

1. Unbedingte Notwendigkeit einer richtigen Linie als erste Grundvoraussetzung zum Erfolg. Die Führung muß den Mut haben, Fehler einzusehen, sie vor der Partei zu bekennen und sie vor der Partei zu korrigieren.

2. Volkswirtschaftliche Diskussion, d. h., Diskussionsfreiheit in dem Rahmen, der durch die Statuten und die Beschlüsse der Kommunistischen Internationale gezogen ist. Diesen Rahmen muß die Parteiführung so weit offen lassen, daß eine Korrektur der Parteiführung durch die Partei und eine Korrektur der Partei an sich selbst möglich ist, was bei wichtigen Fehlern, Unklarheiten, Meinungsverschiedenheiten nur geschehen kann durch ideologische Klärung auf dem Wege einer sachlichen, kameradschaftlichen, freimütigen Diskussion.

3. Unterordnung jeder Arbeit, also auch der gewerkschaftlichen Arbeit, unter die Partei.

Von der Reichskonferenz bis zum 8. Parteitag.

Diese zweite Periode der Parteikrise ist charakterisiert durch den Versuch der Partei, die richtige Linie gedanklich zu erarbeiten. In dieser Richtung hin wurden die meisten Fehler der ersten Periode auf Grund der Beschlüsse des 5. Weltkongresses und der Erweiterten Exekutivkommission vom April 1925 theoretisch korrigiert. Was allerdings nicht gehindert hat, daß eine Reihe neuer ideologischer Fehler begangen wurden. Zum Beispiel Uberschwängliche Vageinschätzung („unmittelbar“ revolutionäre Situation, Perspektive des raschen Zerfalls der S. P.); Ablehnung von politischen Kampagnen als einer „Organisationsfalle“; die unklare Lösung „Aktionspolitik statt Propagandapolitik“, während sich die Partei darüber klar ist, daß die KPD. gegenwärtig zu jener ersten Gruppe kommunistischer Parteien gehört, welche die Erweiterte Exekutivkommission im April 1925 als solche bezeichnet, „die erst noch eine vorwiegende propagandistische Periode durchmachen, also die ersten Schritte in der Sammlung breiter Massen unter dem Banner des Kommunismus tun“, womit zugleich gesagt ist, daß die Partei Aktionen unternimmt, die ihrer Kraft entsprechen, und die sie politisch, propagandistisch, organisatorisch gründlich vorbereitet; weiter viele Unklarheiten in der Einheitsfronttaktik; Unklarheiten in bezug auf die Hauptlösung der Arbeiter- und Bauernregierung; die negative Einstellung in der Steuerpolitik, die die Wirkung der Agitation der Partei abgeschwächt hat; andererseits wieder ein die spontanen Massenbewegungen lediglich abwarten wollen „Spontaneitätstheorie“, während es Aufgabe der KPD. ist, darüber hinaus Massenbewegungen auszulösen; schließlich wurde

auch weiterhin an einer rein negativen, bzw. ausweichenden Einstellung in bezug auf die außenpolitische Orientierung der Partei festgehalten, was den Kampf gegen die faschistische Ideologie aber auch gegen die Anschließpolitik der sozialdemokratischen Führer erschwert hat.

Das Hauptcharakteristikum aber der zweiten Periode ist: die Führung hat selbst dort, wo sie ideologisch richtig eingestellt war, in der praktischen Durchführung vollkommen versagt. Fast alle Fehler der ersten Periode, die theoretisch als Fehler richtig erkannt worden waren, wurden in der Praxis, u. zw. verstärkt, wiederholt: ständiges Hin- und Herschwanken, Schwanzpolitik, Mangel jeder konkreten Durcharbeitung des Stoffes, Mangel an organisatorischer und systematischer Arbeit überhaupt, im Verhältnis der Gewerkschaftsarbeit zur Partei trotz theoretisch richtiger Erkenntnis in der Praxis lediglich ein Nebeneinanderlaufen.

Die neuen ideologischen Fehler, vor allem aber das vollkommene Versagen in der praktischen Durchführung selbst der theoretisch als richtig erkannten Linie führte dazu, daß der Rückgang des politischen Einflusses der Partei weiterhin, und zwar noch verstärkt, vor sich ging und noch immer vor sich geht.

Die Hauptlehre der zweiten Periode ist: es genügt nicht, die Fehler theoretisch richtig zu erkennen und eine ideologische richtige Linie zu erarbeiten, sondern zum Erfolg ist darüber hinaus noch notwendig, die Erfüllung der viel, viel schwereren Aufgabe: die ideologische richtige Linie auch praktisch richtig in die Tat umzusetzen.

Auch in parteipolitischer Beziehung schien die zweite Periode zunächst einen gewissen Fortschritt zu bringen. Der Entschluß schließlich den Parteitag zu verschieben, um durch eine öffentliche, in der „Roten Fahne“ geführte Kritik, kameradschaftliche, freimütige, auch die Erfahrungen der Vergangenheit miteinfassende Diskussion die geistige Verwirrung, die die Grundwurzel der Parteikrise ist, durch ideologische Klärung zu überwinden, bedeutet, daß zum erstenmal seit dem Scheitern der Diskussion im Januar 1923 wiederum der einzig mögliche Weg zur Klärung zur Gesundung der Partei betreten wurde. Das war der Anlauf zum entscheidenden Schritt nach vorwärts in der Richtung zur Gesundung der Partei.

Aber — und das ist der verhängnisvolle Fehler der zweiten Periode — es ist nur beim Anlauf geblieben. Seit jenem Verschiebungsbeschluss (zweite Hälfte Juli) begann wieder die lediglich mechanische Verteidigung der Autorität der Führung und vor allem: der Parteitag wurde doch verschoben, um die nötige Zeit für die Diskussion zu schaffen und in der Praxis dann wurde die Diskussion vollkommen unterbunden. Lange Wochen sind verstrichen, ohne daß die Diskussionsartikel, die aus allen Teilen der Partei schon längst vorliegen, veröffentlicht worden wären.

Die Diskussion in den „Volschewik“ abzuschließen bedeutet, daß 90 Prozent von der Diskussion nichts erfahren, vom Klärungsprozeß ausgeschlossen sind, und daß die restlichen 10 Prozent den „Volschewik“ in die Hand erst bekommen zu einer Zeit, wo sie nicht mehr imstande sind, die verschiedenen Argumente so zu prüfen, daß davon der Parteitag irgendwie geistig beaufschlagt werden könnte. Der Versuch der Abschiebung in den „Volschewik“ gibt statt einer wirklichen Diskussion nur den Schein einer Diskussion.

Eine weitere Verschiebung des Parteitages zur Durchführung der Diskussion als der unumgänglichen Voraussetzung der Parteigefundung, zur geistigen Klärung der Gesamtmitgliedschaft und zur ideologisch gründlichen Vorbereitung des Parteitages wäre eine unbedingte Notwendigkeit gewesen. Bei dem Verhalten der Parteiführung zur Frage der Diskussion hätte das Aufrollen eines Kampfes um die Diskussion die Gemüter in der Partei derart erhitzt, daß das für den Parteitag unbedingt notwendige ruhige Überlegen und Erwägen gefährdet worden wäre. Darum mußte dieser Kampf unterbleiben, so unumgänglich notwendig auch die Diskussion für die Gesundung der Partei war und ist.

Der Parteitag stellt fest: Zudem die Parteiführung die Diskussion und damit den geistigen Klärungsprozeß der Partei unterbunden hat, hat sie den Gesundungsprozeß der Partei erschwert.

Der Parteitag verurteilt dieses kurzfristige Verhalten der Parteiführung, die das Interesse eines Teiles, der nicht den Mut hat, seine politischen Fehler vor der Partei offen zu bekennen und sie offen vor der Partei zu korrigieren, stellt über das oberste Gesamtinteresse der Partei, welches lautet: Gesundung der Partei, die einzig und allein durch ideologische Klärung auf dem Weg der Diskussion zu erreichen ist.

Der Parteitag erwartet, daß die künftige Führung aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernend die Fehler

der Vergangenheit nicht wiederholt, insbesondere aber erwartet der Parteitag, daß die künftige Führung die Linie der Partei richtig durchfährt.

Erklärung.

Auf Grund des letzten Beschlusses der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, alle persönlichen Differenzen im Interesse der Partei auszuschalten und, um dem kommenden Parteitag die Arbeit zu erleichtern, haben sich die Endesgefertigten zusammengefunden und durch kameradschaftliche Ansprache alle persönlichen Differenzen, die sie trennten, reiflos bereinigt.

Wien, am 31. August 1925.

Rudi Loman, Josef Frey, Franz Koritschoner.

Erklärung.

Ich sehe hiermit meinen am 20. Juli in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Antrag zum Parteitag (Thesen über die Taktik der Partei) zurück.

Wien, am 31. August 1925.

Josef Frey.

Erklärung.

Wir ziehen hiermit unseren am 12. Juli in der „Roten Fahne“ veröffentlichten Antrag zum Parteitag (Aktionsprogramm der K.P.D., Antrag 2) zurück.

Wien, am 31. August 1925.

Rudi Loman, Franz Koritschoner, Leopold Horak.

Erklärung.

Die Ursache jahrelanger Parteikrise ist vor allem darin zu suchen, daß die in der Partei vorhandenen Gegensätze politisch nicht ausgetragen wurden und dadurch persönliche Formen annehmen mußten. Das Wichtigste in dieser Situation wäre gewesen, eine gründliche auf breiter Basis gegründete politische Diskussion anzuknüpfen, aus der Vergangenheit lernend, die Taktik für die Zukunft zu bestimmen.

Schon vor 1½ Jahren wurde dieser Versuch unternommen, die Kritiklagen über 1½ Jahre unbedeutend in der Reaktion. Der P.S. beschloß, vor dem Parteitag im Sinne breiterer Diskussionsmöglichkeit vorzugehen und nur deshalb haben wir gegen die Verschleppung des Parteitages auf weitere 1½ Monate nicht in direkter Weise Stellung genommen, weil wir der Ansicht waren, daß nur durch diese politische Diskussion Klärung und dadurch Einheitlichkeit in die Parteiführung gebracht werden kann. Die Einleitung der Diskussion, die ein getreues Abbild der tatsächlichen Verhältnisse im Parteivorstand war und dazu führte, daß nicht nur drei verschiedene Thesenentwürfe vorlagen und ein vierter bereits angefertigt war, sondern auch dazu, daß sich zu den von den Genossen Kauler, Wegner, Fürstberg usw. vorgelegten Thesen der Parteivorstandsmehrheit die Antragsteller selbst nicht bekennen wollten, haben mich veranlaßt, nachdenklich vier Wochen ohne jede Diskussion nutzlos verstrichen waren, den Vorschlag zu machen, einheitliche Thesen auszuarbeiten, um in der kurzen Zeit die noch zur Verfügung stehende Diskussion besser auf die Differenzpunkte konzentrieren zu können. Die Thesen, welche auf Grundlage der drei veröffentlichten Entwürfe, unter regelter Mitarbeit unserer Genossen ausgearbeitet wurden, sind vom Sammelbeleg dazu verwendet worden, sich eine geeignete Fraktionsplattform zu schaffen. Gingen wir vom christlichen Bestreben aus, die Partei aus der Atmosphäre persönlicher Kränkelerien zu politischer Klärung zu führen, so wurde auf der anderen Seite durch die von Schlammer, Hermann und Genossen in der „Roten Fahne“ Nr. 175 vom 11. Juni veröffentlichte Erklärung in demselben Augenblicke, wo sich alle Geister in der Partei von allen persönlichen Fragen weitgehend zur politischen Klärung konzentrierten, noch einmal der Versuch unternommen, durch Aufwertung persönlicher Fragen die politische Konzentration und dadurch den Klärungs- und Gesundungsprozeß der Partei zu stören.

Von der Erkenntnis durchdrungen, daß alle persönlichen Gegensätze liquidiert werden müssen, ist es notwendig, gegen diese Methoden des Sammelbelegs, eine Einigung aller Kräfte der kommunistischen Partei herbeizuführen im Sinne ihrer Volschewisierung.

Von diesem Gedanken ausgehend, werden die Genossen der Minderheit des Parteivorstandes einen Thesenentwurf vorlegen, von dem sie glauben, daß er durch die Klärung aller persönlichen Gegensätze geeignet ist, die Gesundung der Partei und ihre bolschewistische Entwicklung zu sichern.

Wien, 31. August 1925.

Franz Koritschoner.

Thesen über die Taktik der KPDe.

Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt von Fren, Lomann, Koritschoner, Reblil, Deubler, Stiff und Genossen.

Die Lage

Die Lage im Weltmaßstab ist objektiv revolutionär. Die Zerlegungstendenzen beginnen wieder die Stabilisierungstendenzen zu überwiegen (China, Marokko).

Auch in Oesterreich ist die Lage objektiv revolutionär. Oesterreich in seiner heutigen Form ist auf kapitalistischer Basis lebensunfähig. Es muß den Großteil seiner Lebensmittel und Rohstoffe aus dem Auslande beziehen und hat den Großteil seiner Absatzmärkte verloren. Die kapitalistische Sanierung hat daran nichts geändert, denn sie war und ist nicht imstande, zu bewirken, daß der gesamte vorhandene Wirtschaftsapparat so verwendet werden könnte, daß er den Kapitalisten den Durchschnittsprofit abwirft. Ein bedeutender Teil des Industrieparates ist endgültig entwertet, und zwar nicht nur im österreichischen Rahmen, sondern im Rahmen eines beliebig größeren kapitalistischen Wirtschaftsoberstaatsgebietes. Die Arbeitslosigkeit nimmt nach Zahl und Dauer einen Umfang an, der relativ größer ist als irgendwo auf der Welt. Die kapitalistische Sanierung wäre nur möglich, wenn das österreichische Proletariat bereit wäre, sich zu Hunderttausenden widerstandslos vernichten zu lassen. Das ist trotz aller reformistischen Verheißung bei dem Klassenbewußtsein des österreichischen Proletariats unmöglich. Darum ist die kapitalistische Sanierung Oesterreichs unmöglich. Die Sanierung Oesterreichs ist möglich nur auf kommunistischer Basis, auf der Basis der proletarischen Diktatur.

Der Kurs der verschärften Konterrevolution.

Auf der innenpolitischen Front steht das österreichische Proletariat, dessen Kampfpole mit dem Schwinden der Sanierungsillusion langsam wieder anzusetzen beginnt, der Front der Bourgeoisie gegenüber, deren rechten (faschistischen) Flügel die Setzpel-Gruppe, deren linken („demokratischen“) Flügel die österreichische Sozialdemokratie bildet. Wie in allen Ländern seit der Weltkriege, so hat auch in Oesterreich die Bourgeoisie für ihre Politik zwei Eisen im Feuer. Gegenwärtig treibt sie unter dem Druck ihres rechten, faschistischen Flügels den Kurs der verschärften Konterrevolution. In nicht sehr ferner Zeit wird sie vor der Existenzfrage stehen, ihre dritte Partei, die Sozialdemokratie, in die Regierung aufzunehmen, die Methoden der verschärften konterrevolutionären Gewalt abblenden durch die „demokratischen“ Methoden, durch den „demokratischen“ Kurs der verschärften konterrevolutionären Betrug, um sich mit Hilfe der Täuschungspolitik der sozialdemokratischen Führer die nötige Atempause zu schaffen für einen noch gewalttätigeren konterrevolutionären Kurs.

Die Sozialdemokratie ist die dritte Partei der Bourgeoisie. Die einzige Arbeiterpartei ist die kommunistische Partei. Diese Forderungen dürfen durch lebendig phonographenartige Wiederholung nicht abgeschwächt werden. Die Partei muß die Wichtigkeit dieser Forderungen den Proletariern immer wieder deutlich aus dem österreichischen Verhältnissen heraus erweisen.

Daß die Bourgeoisie auf ihrem konterrevolutionären Vormarsch so weit kommen, daß die sozialdemokratischen Führer dieses Vormarschieren durch ihre Verratspolitik so wirkungslos unterstützen konnten, das wurde erleichtert durch die Genfer und die Dames-Missionen und gefördert durch das politische und gesellschaftliche Verfall der KPDe. vom 8. Parteitag bis heute.

Die nächsten zentralen Aufgaben der Partei.

Die Befreiung des österreichischen Proletariats aus der Ausbeutung und Unterdrückung durch die österreichischen Kapitalisten und aus der imperialistischen Verfassung, die sich äußert einerseits in der Ausbeutung durch die Auslandskapitalisten, andererseits darin, daß die große und kleine Entente das werktätige Volk Oesterreichs hindern, sein Selbstbestimmungsrecht auszuüben, ist zu verwirklichen nur auf einem einzigen Wege: auf dem Wege der proletarischen Revolution. Die proletarische Revolution in Oesterreich zu organisieren und zum Siege zu führen, ist die Aufgabe der KPDe. Sie wird sie bewältigen, indem sie getreu den Wortschwelgerthesen der Erweiterten Exekutive vom April 1926 die Volksgewisserung der Partei auf allen Gebieten ernst, energisch, ausdauernd, systematisch durchzuführen wird.

Die nächsten Hauptaufgaben, die sich auf diesem Wege der Partei stellen, sind: mit der großen Masse des österreichischen Proletariats wieder Fühlung zu gewinnen, die Eroberung der ausschlaggebenden Schichten des österreichischen Proletariats in Angriff zu nehmen und die Heranziehung der bäuerlichen Masse an die revolutionäre Front einzuleiten.

Die Taktik der Einheitsfront.

Das wichtigste taktische Mittel zur Bewältigung der nächsten zentralen Aufgaben der Partei unter den gegenwärtigen Bedingungen ist die Taktik der Einheitsfront, die nur eine Methode ist der revolutionären Agitation, Organisation und Mobilisation der Massen. Die KPDe. kämpft für alle Tagesnöte des Proletariats und setzt ehlich ihre ganze Kraft ein, die einheitsfronte proletarische Kampffront zustandebringen. Weil der Mechanismus der sozialdemokratischen Politik das Eingehen der sozialdemokratischen Führer auf die ehrlichen Angebote der KP., für die Tagesnöte des Proletariats ernst in einheitsfronte Kampf zu treten, absolut ausschließt — denn jeder ernste Kampf für die proletarischen Tagesfragen macht die Durchführung der kapitalistischen Sanierung unmöglich, die unter allen Umständen zu sichern das mittlere Ziel aller sozialdemokratischen Politik ist — darum kommt die einheitsfronte proletarische Kampffront nicht zustande, darum kann sie nicht zustande kommen, darum führt die Einheitsfronttaktik unmerklich zur Entlarvung der sozialdemokratischen Führer, darum ist eine Koalition der KP. mit der Sozialdemokratie absolut ausgeschlossen. Dagegen die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern kann, muß und wird die Partei verwirklichen, indem sie, solange die sozialdemokratischen Führer eine bedeutende Macht sind, die Taktik der Einheitsfront von unten kombinieren wird mit der von oben, wobei jedoch für die Durchführung die Einheit von unten in jedem Fall die Grundlage bilden muß.

Bei der Anwendung der Einheitsfronttaktik wird die Partei, alle rechten und linken Gefahren vermeidend, die konkreten Umstände des Ortes, der Zeit und des politischen Stoffes berücksichtigend, imitativ vorgehen, nicht mechanisch verfahren, organisatorische Anlauf, Hilfs-, Stützpunkte für den einheitsfronte Kampf schaffen und ausbauen, bei allen Verhandlungen mit gegnerischen Spitzen immer und unter allen Umständen die kommunistische Selbstständigkeit und die Wesentlichkeit der Verhandlungen wahren und durch kluges Manövrieren alle Täuschungsmanöver, womit sich die sozialdemokratischen Führer, die Schuld auf die

KP. schiebend, vom einheitsfronte Kampfe abziehen wollen, verhindern.

Die KP. De. wendet die Einheitsfronttaktik an: um den Proletariat im Kampf mit seinen Tagesnöten zu helfen; um die proletarischen Massen der KP., der einzigen Arbeiterpartei, zu nähern; letzten Endes um die Massen im wachsenden Maße in Kampf zu führen und durch die Kämpfe zu mobilisieren für den revolutionären Befreiungskampf. Die KPDe. wird im Kampfe für die proletarischen Tagesfragen immer auch die kommunistischen Endziele aufzeigen, in allen Kämpfen die Machfrage anstellen und sie zusammenfassend durch die zentrale Machfrage der Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Arbeiter- und Bauernregierung.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist nur eine andere Bezeichnung für die proletarische Diktatur, eine Bezeichnung, die klar und den Massen verständlich aufzeigen will, daß die proletarische Diktatur sich auf das Proletariat und seine bewaffneten und unbewaffneten Klassenorgane stützt, aber herrscht, regiert, verwaltet im Interesse aller Ausbeuteten, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der Stadt- und Dorfproletariat, der Kleingewerbetreibenden sowie der breiten bäuerlichen Massen, die nicht ausbeuteten, sondern ihrerseits vom Kapital ausgebeutet werden, die Mittelbauern insbesondere. Die Partei wird immer ungewöhnlich aufzeigen, daß die Arbeiter- und Bauernregierung niemals durch parlamentarischen Fußstapeln, sondern einzig und allein durch die revolutionäre Massenaktion zu verwirklichen ist, durch den revolutionären Sturz der Bourgeoisie und die Ausrückung der Souveränität, erklärt: von den Werttätigen, insbesondere des besten Teiles der werktätigen Bauern unter der Führung des Proletariats im Bürgerkrieg.

Die Arbeiter- und Bauernregierung ist keine Koalition zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, sie ist keine liberale „Arbeiterregierung“, sie ist keine sozialdemokratische „Arbeiterregierung“, mag diese eine Arbeiter- oder Mehrheitsregierung sein. Die KPDe. rechnet mit der Möglichkeit sogar einer sozialdemokratischen Alleinregierung in Oesterreich. Sie weiß, daß selbst eine sozialdemokratische Mehrheitsregierung immer und unter allen Umständen Koalitionspolitik treiben wird, das heißt niemals die Regierungsmacht als Kampfinstrument gebrauchen wird zur Befreiung der Bourgeoisie. Dennoch wird die KPDe. nicht unter allen Umständen für den sofortigen Sturz einer sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ in Oesterreich einreten. Die Partei stellt sich darauf ein, daß sie der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ möglicherweise die Gelegenheit geben wird, durch eine genügende Praxis den wahren, herrschaftlichen Charakter der sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ vor den proletarischen Massen zu enthüllen.

Als besonders wichtige Lösungen im Kampfe um die Arbeiter- und Bauernregierung wird die Partei die Forderungen der proletarischen Produktionskontrolle, der Bewaffnung des Proletariats und des Betriebsrätekongresses hervorheben.

(Schluß folgt.)

Eigentümer: Kommunistische Partei, Wien, VII., Währerbstraße 22. — Herausgeber: Johann Kogler, Wien. — Verantwortlicher Redakteur: Adolf Brill, Wien, VII., Berggasse 22. — Druckerei: Druckhaus „Kommunisten“.

Zum VIII. Parteitag.

Thesen über die Taktik der KPD.

Antrag zum 8. Parteitag, vorgelegt von Frey, Lomann, Koritschner, Kehlif, Deubler, Stiff und Genossen.

(Fortsetzung und Schluß)

Sonstige taktische Fragen.

Die Partei lehnt die Schwanzpolitik als rechte Abweichung ab und wird künftig zur richtigen Zeit, am richtigen Ort, auch dem politischen Stoffe nach richtig konzentrieren.

In der Agrarfrage wird die Partei stets eintreten für entschädigungsgelose Enteignung aller großen Grundbesitzer sowie aller Grundbesitzer und für deren kostengünstige Verteilung an die Landproletariat und landarmen Bauern.

In der Steuerfrage wird die Partei kämpfen für die Lösung: Keine Lasten auf das Proletariat, alle Lasten auf die Bourgeoisie!

Der wichtigste Teil der Bolschewisierungsaufgabe der Partei ist gegenwärtig die richtige Arbeit in den Gewerkschaften. Die Partei wird eine richtige Gewerkschaftsarbeit nur leisten können, indem sie die einseitigen Entschärfungen der KZ. vermeidet. Oberflächliche Arbeit überall und ganz besonders auf dem gewerkschaftlichen Gebiet bekämpfend, wird die Partei zur konsequentesten Behandlung des gewerkschaftlichen Stoffes übergehen. Die gegenwärtig wichtigsten Gewerkschaftsaufgaben sind: die Bekämpfung der Austrittsbewegung; die Rückführung der Ausgetretenen und Ausgehenden; der Kampf für die Gewerkschaftseinheit überhaupt in nationalem und internationalem Maßstab; der Kampf um die Eroberung der gewerkschaftlichen Positionen innerhalb der Gewerkschaften zur Eroberung und Revolutionisierung der Gewerkschaften; die Auslösung von Kämpfen um höheren Lohn, um die Verteilung des Achtstundentages und aller sozialpolitischen Errungenschaften und um die Bekämpfung einer wirtlichen Alters- und Invalidenversicherung sowie die aktive Teilnahme an allen Kämpfen um Lohn, Arbeitszeit und um Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialpolitischen Errungenschaften und das Zusammenfassen und Koordinieren aller dieser Kämpfe zum politischen ökonomischen Wahlkampf.

Die nächste organisatorische Sammelarbeit.

Durch planmäßige, beschleunigte Umstellung der Parteiorganisation auf die Betriebszellen, als grundlegende Parteizellen, wird die Partei die Bolschewisierung auch organisatorisch durchführen.

Anhang über die außenpolitische Orientierung.

Zwei Auffassungen über die außenpolitische Orientierung stehen einander gegenüber:

Die eine sagt: Der Genfer Pakt hat Österreich zur Kolonie der großen und kleinen Entente gemacht und dem österreichischen Proletariat die Doppelfront der österreichischen und der Entente-kapitalisten entgegengesetzt. Die Genfer Sanierung ist bankrott, die Doppelfront aber ist geblieben. Die Entente-Imperialisten suchen für ihre Kolonialherrschaft eine festere Form: Donau-Öberation, Balkan, „Selbständigkeit“ Österreich mit handels-

politischen Erleichterungen usw. Diesen imperialistischen Plänen, die die dauernde Anrechnung des wertvollen Ostes Österreich sichern und zugleich ein neues Kampfinstrument gegen die Sowjetmacht schaffen wollen, setzt die K. P. O. den Kampf entgegen für die Lösung: Anschluß an Deutschland durch die Revolution unter dem Banner der proletarischen Diktatur! Diese Orientierung trägt am meisten zur Stärkung der Sowjetmacht bei, denn sie ist gerichtet gegen die imperialistischen Pläne der großen und kleinen Entente, dieser verhassten Feinde der Sowjetmacht. Diese Orientierung ermöglicht aber zugleich am besten die Entlastung des Anschlußschwunders der großdeutschen und der sozialdemokratischen Führer.

Die andere sagt: Im Kampf gegen den Genfer Slavenvertrag und seine Folgen, Unternehmerrückwärts, Entproletarisierung der Wehrmacht usw. muß das österreichische Proletariat seine oberste Aufgabe erfüllen. Im Kampfe gegen die Entente-Ö. in der Donau-Öberation, wie gegen die nationalistische Lösung des Anschlusses an Hindenburg-Deutschland muß die KPD Stellung nehmen. In Eroberung der Parteien wirtschaftlichen Bindung Österreichs an die Donau-Balkanländer, der fortwährenden Erleichterungen des Gleichgewichtes auf dem Balkan und in der Tschechoslowakei, des Zusammenbruchs der Versuche zur Lösung der Agrarfrage in den Balkan-Donauländern, der Tschechenkämpfe, muß das österreichische Proletariat den Versuch unternehmen, den eigenen Kampf gegen seine Verflawung zu koordinieren mit den Kampfaktionen des Proletariats und der Landarmut der wirtschaftlich mit ihm stark verbundenen Gebiete. Der Kampf für die Föderation der Donau-Balkan-Räterepubliken richtet sich in gleicher Weise gegen die sozialdemokratisch kleinbürgerliche Illusion der Anschlusses an Hindenburg wie gegen die Ententepläne, welche von Seipel und den schwarzgelben Elementen unterstützt werden.

Wir sind der Auffassung, daß die Frage, welche dieser beiden außenpolitischen Orientierungen die richtige ist, eine internationale strategische Frage ist von der größten Tragweite, die letzten Endes nur von der Internationale entschieden werden kann. Gerade diese Frage hätte die breiteste Diskussion erfordert und die Unterbindung der Diskussion hat gerade nach dieser Richtung hin der Partei die Klärung besonders erschwert, denn der Parteitag wird bei der Fülle der Fragen, die er unbedingt klären muß, nicht die Zeit haben, das außenpolitische Problem genügend durchzudenken. Aus diesem Grunde beauftragt der Parteitag die Parteiführung, die Diskussion über die außenpolitische Orientierung der Partei fortzusetzen und nach durchgeführter Diskussion die verschiedenen Standpunkte, die innerhalb der Partei in Bezug auf die außenpolitische Orientierung vertreten werden, der Internationale zur Entschcheidung zu unterbreiten.

Zum VIII. Parteitag.

Der Druck der neuen Sanierungsversuche der Entente-Imperialisten zwingt die Partei, sich außenpolitisch positiv zu orientieren.

c) Lösungen des Ausweichens, negative Lösungen. Es gibt Lösungen, die ihrer Form nach positiv klingen, in Wirklichkeit aber einer klaren Stellungnahme ausweichen. Das gilt zum Beispiel auch von der Lösung: „Verband der vereinigten Arbeiterparteien von Europa“, die Genosse Frank auf der Reichskonferenz vertreten hat. Sie ist keine Antwort auf die politische Frage.

Die Reichskonferenz selbst begnügte sich, zu sagen: „Daß die Donaukooperation die politische und wirtschaftliche Grundlage für den möglichen Krieg der kapitalistischen Großmächte gegen Sowjetrußland sein soll“. Mit dieser ungenügenden Einstellung ließ die Reichskonferenz die Partei ohne klare außenpolitische Linie überhaupte. Dasselbe gilt auch von den Lösungen, die die Partei noch vor ganz kurzem (19. Juni) ausgegeben hat: „Gegen den Anschluß an Hindenburg-Deutschland! Gegen das Kampfbündnis mit dem deutschen Proletariat und den Proletariaten der übrigen Länder gegen die internationale Reaktion!“ Und dasselbe gilt von der Lösung, die die Parteivorstandsmehrheit jetzt vorschlägt: „Engle Kampfgemeinschaft mit den Völkern der Welt gegen das Reich der Welt, Deutschlands und des Balkans“. Die engle Kampfgemeinschaft unter den Sektionen der kommunistischen Internationale, insbesondere den benachbarten, ist eine glatte Selbstverständlichkeit.

Wenn schließlich die Parteivorstandsmehrheit sagt: „Die Partei hat der Arbeiterklasse zu beweisen, daß die Aufgabe des österreichischen Proletariats nicht der Anschluß an (das Wort an) irgendeine Formation der revolutionären Weltarmee, sondern die österreichische Revolution ist“, so ist die Tendenz dieses Gedankens ausgeprägt, aber der Gedanke selbst ist ein Verkennen des wirklichen Problems und ein Ausweichen vor seiner Lösung. Das österreichische Proletariat kann die Aufgabe der österreichischen Revolution nicht bewältigen, ohne sich richtig zur Gesamtanlage, also auch außenpolitisch richtig einzustellen.

b) Die Lösung des „Selbständigen“ Österreich. Österreich seine „Selbständigkeit“ bewahren, das ist der blutige Hof, der uns für alle Ereignisse zu armenhaftigen Wasser verdammen will, die glückselig lächeln sollen, wenn ihnen ein Mensch oder ein anderer dieser traurigen Heiden zweiter Klasse ins Gesicht spuckt.

Die revolutionäre Orientierung auf Deutschland.

Die Auffassung, daß es notwendig sei, die Partei in bolschewistischer Weise auf Deutschland zu orientieren, ist kein plötzlicher Einfall. Seit fast drei Jahren bemüht sich eine Reihe von Parteigenossen, die Partei von der Notwendigkeit dieser Einstellung zu überzeugen.

Die objektive Lage Deutschlands und ihre Perspektiven sind so, daß immer breitere Kreise des werktätigen Volkes Deutschlands zur außenpolitischen Orientierung auf Sowjetrußland kommen müssen. Die objektive Lage Deutschlands und ihre Perspektiven sind so, daß Deutschland zwangsläufig zu einer entscheidenden Auseinandersetzung mit der großen und kleinen Entente oder Teilen derselben getrieben wird. Das schließt keineswegs aus, daß das deutsche Volk die große Koalitionstruppe gegen die Sowjetmacht stellen wird. Eine solche Zwischenstufe ist sogar wahrscheinlich. Es ist möglich, daß es einer Clique deutscher Imperialisten gelingt, Deutschland in diese Richtung zu reißen. Aber letzten Endes werden die tiefsten Lebensinteressen der werktätigen Massen Deutschlands den Ausschlag geben. Auf der Basis dieser Lebensinteressen werden die Kommunisten den imperialistischen Krieg umschlagen in den Bürgerkrieg, in den revolutionären Krieg, Deutschland an die Seite Sowjetrußlands führend.

Die objektive Lage Deutschlands und ihre Perspektiven sind so, daß der Reichsautokratismus seiner wirtschaftlichen, sozialen und politischen Gegensätze notwendigerweise zur revolutionären Ablösung verurteilt ist. Alle diese Tendenzen fördern wir, indem wir uns in bolschewistischer Weise auf Deutschland orientieren.

Diese Orientierung ist nicht für den Augenblick berechnet. Sie weiß, daß heute nicht nur die gegenwärtigen Machthaber Deutschlands, sondern selbst breite Schichten des werktätigen Volkes in Deutschland außenpolitisch schwanken und noch schwanken werden. Sie weiß, daß die Sowjetmacht bei ihrer Außenpolitik alle diese Schwankungen in ihr Kalkül mit einbeziehen muß. Aber sie weiß, daß durch alle diese Schwankungen hindurch, die hunderten Millionen Menschen der werktätigen Massen beider Staaten in wachsendem Maße aufeinanderweisen.

Wodurch unterscheidet sich die revolutionäre Orientierung auf Deutschland von jeder anderen Anschlußpolitik?

Auch die Sozialdemokratie will den Anschluß. Auch die Großdeutschen, ja, selbst ein Teil der Christlichsozialen wollen den Anschluß. Und dasselbe sollen wir Kommunisten wollen? Das jedoch viele Parteigenossen ab. Allein, um der Gefahr auszuweichen, mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen werden zu können, ins sozialdemokratische, also linksbürgerliche Fahrwasser zu geraten, kommen manche Kommunisten so weit, daß sie ins rechtsbürgerliche Fahrwasser geraten.

Auf welchem Wege, mit welchen Mitteln ist der Anschluß an Deutschland zu verwirklichen?

Die nächsten Aufgaben und die Befundung der Partei.

Von Josef Frey.

1. Die außenpolitische Orientierung der Partei.

Der Genosse Frank hat Deherrlich in aller Form zur Kolonie der großen und kleinen Entente gemacht und dem österreichischen Proletariat die Doppelfront entgegen gestellt der österreichischen und der Entente-Imperialisten. Die Geister Sanierung ist dankbar, die Doppelfront aber ist geistlich von den Kapitalisten der Entente fassen ihre: Kolonialherren eine neue Form. Diese Lage macht es zum Gebot, daß die Partei ihre außenpolitische Einstellung überprüfe. Die Überprüfung muß erfolgen unter drei Gesichtspunkten: dem politischen, dem proletarischen und dem revolutionären nationalen.

1. Der prinzipielle Gesichtspunkt für jede kommunistische Außenpolitik.

„Österreich muß sich aufrichtig so orientieren, daß es Absatzgebiete für seine Industrie gewinnt...“ darum Donaukooperation usw. Dieses Argument haben wir in revolutionär-weise sogar Kommunisten übernommen. Die ganze Argumentation ist sachlich unrichtig. Wer so ist vor allem prinzipiell falsch, weil prinzipiell unkommunistisch. Aus zwei Gründen:

Wenn es richtig wäre, daß die KPÖ ihre Politik ausrichten müßte in erster Linie nach dem Gesichtspunkt der österreichischen Wirtschaft, dann dürften wir Kommunisten aus prinzipiellen Gründen noch immer nicht ausgehen von dem wirtschaftlichen Standpunkt der österreichischen Kapitalisten, die fragen: „Wo setzen wir unsere Waren mit dem größten Profit ab?“, sondern von dem wirtschaftlichen Standpunkt der österreichischen Proletarier, die fragen müssen nach den besten Kampfbedingungen für Lohn, Arbeitszeit usw.

Wir kämpfen für die Interessen des österreichischen Proletariats, aber für seine Klasseninteressen, das heißt: Wir müssen alle unsere Kämpfe stets ausrichten nach dem Interesse der gesamten proletarischen Klasse im internationalen Maßstab. Alle proletarisch-revolutionäre Politik, also alle kommunistische Politik, muß letzten Endes stets ausgeht sein nach dem proletarischen Gesamtinteresse. Die Partei muß sich selbständig auch für alle proletarisch-revolutionäre

nationale Außenpolitik. Das nicht genügend beachtet zu haben, war die tragische Grundursache der falschen Einstellung der Partei zur proletarischen Revolution in Bayern und Ungarn im Jahre 1919. Die Parteipolitik: sich lebendig nach dem engen Nationalismus der österreichischen Proletariats, also nur nach dem nationalen proletarischen, nicht nach dem internationalen proletarischen Interesse.

Was bedeutet dieses Prinzip gegenüber dem Nationalismus?

Das ausschlaggebende Kriterium der Partei ist heute die Erhaltung und Stärkung der Sowjetmacht. Willst du wissen, welche Politik der proletarischen Revolution am meisten nützt, dann mußt du prüfen, in welcher Außenpolitik die Partei das Maximum beizubehalten zur Erhaltung und Stärkung der Sowjetmacht.

Die praktischen Konsequenzen dieses Prinzips für unsere außenpolitische Orientierung.

a) Die Donaukooperation. Wer will sie? Solche Kräfte, die die verfallenden Ziele der Sozialdemokratie. Sie wollen die Donaukooperation als ein Instrument nicht nur gegen Deutschland, sondern auch gegen die Sowjetmacht. Diese Lösung ist politisch verwerflich. Wer sie in Form der „Kooperation der Donauarbeiterparteien“ (KöK), der „Bund der Arbeiterparteien der Donau“ (BöA) usw. schmachtet machen will, so sagen wir ihnen: „Aber, du siehst keine guten revolutionären Möglichkeiten, aber so sehr überst du die Pläne der Entente-Imperialisten, denn du lenkst die Stimmung des österreichischen Proletariats in eine Richtung, die den Plänen der Entente-Imperialisten entspricht.“

Wenn dasselbe gilt für die Donau-Balkan-Kooperation. Über wird der kontinentalen Charakter dieses föderativen Bündnisses geändert, weil zu dem westlichen Donaustaaten noch hinzutreten das weiche Jugoslawien, das in die Burgaren, das weiche Rumänien, das weiche Griechenland? Keineswegs. Wenn uns Genosse Nordländer diese Lösung in Form der „Kooperation der Donau-Balkan-Revolutionäre“ (KöB) schmachtet machen will, so sagen wir ihnen: „Aber, du siehst keine guten revolutionären Möglichkeiten, aber so sehr überst du die Pläne der Entente-Imperialisten, denn du lenkst die Stimmung des österreichischen Proletariats in eine Richtung, die den Plänen der Entente-Imperialisten entspricht.“

b) Die Lösung der freien Hand. Die erste Lösung der Partei war: „Anschluß an Sowjetrußland.“ Als diese Lösung unmöglich wurde, ging die Partei zur Außenpolitik der freien Hand über: „Anschluß an die Revolution!“ Diese Einstellung war richtig in der ersten revolutionären Periode. Heute ist diese Einstellung unrichtig.

Durch Propaganda? Die sozialdemokratische Propaganda will den Anschluß dadurch verwirklichen, daß sie die Ententeimperialisten zur „Verunsicherung“ bringt. „Die Hauptmächte werden einmal Verstand haben und ihr Unrecht einsehen...“ schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ am 14. Juli 1925. Nehmen wir die französischen Imperialisten. Deutschland wurde von ihnen besiegt nur durch das Bündnis mit fast der ganzen imperialistischen Welt. Der Anschluß Oesterreichs an Deutschland bedeutet den Zuwachs eines Sechseinhalbmillionen Volkes, und was er militärgeographisch, und handelsgeographisch bedeutet, das zeigt der erste Blick auf die Landkarte. Niemals werden die französischen Imperialisten und ihre Trabanten so „vernünftig“ sein, eine so gewaltige Stärkung der Position Deutschlands zuzulassen. Niemals!

Also soll offenbar irgendein Druck nachhelfen. „Aber es wird schon die Zeit kommen, wo in Europa die Herren Sieger nicht allein kommandieren werden...“ schreibt die „Arbeiter-Zeitung“. Man kann in dieser oder jener Form sich auf eine Neuaufgabe des ersten imperialistischen Weltkrieges vorbereiten. Diese Art von Druck meint die „Arbeiter-Zeitung“ nicht. Die Vorbereitung der sozialdemokratischen Führer dürfte sein. Jemand ein Krieg werde zu Machtverschiebungen führen, die die Ententeimperialisten so „vernünftig“ machen werden, daß sie den Anschluß zugeben werden. Das praktisch wahrscheinlichste ist, daß Deutschland Hilfsstruppen stellt zu einem Kriege gegen Sowjetrußland, und dafür von den Ententeimperialisten Kompensationen erhält. Das hat die sozialdemokratische Führerschaft im Auge und das fördert sie. In der großangelegten Hehlkampagne, die die Ententeimperialisten als Vorbereitung des Krieges gegen Sowjetrußland eingeleitet haben, sehen wir die gesamte sozialdemokratische Propaganda am Werk, eine Sowjetrußland feindselige Massenfimmung hervorzurufen, und zu steigern, die den Ententeimperialisten den Kriegsüberfall erleichtern und den deutschen Imperialisten ermöglichen soll, die Ententekriegsfront gegen Sowjetrußland durch deutsche Hilfsstruppen zu verstärken.

In der Tat, für deutsche Hilfsstruppen gegen Sowjetrußland werden die Ententeimperialisten sicher auch territoriale Kompensationen in Aussicht stellen. Aber den Anschluß Oesterreichs niemals! Die Befestigung der Sowjetmacht ist den Imperialisten sehr viel wert, aber der Preis, das Hauptresultat des ersten imperialistischen Krieges umzuwerfen, den Preis, Deutschland in dem Maße zu stärken, wie es durch den Anschluß Oesterreichs in der Tat der Fall wäre, diesen Preis werden sie auch für deutsche Hilfsstruppen nicht zahlen.

bleibt also noch eine doppelte Möglichkeit: 1. Konflikte innerhalb der Entente. Aber selbst den Kriegsfall unter ihnen angenommen, werden sie jeden Frieden schließen, nur nicht den, der Deutschland um Oesterreich vergrößert. Die zweite Möglichkeit; das ist der Weg des konterrevolutionären „Befreiungskrieges“. Mag sein, daß es den deutschen Imperialisten noch einmal gelingt, Deutschland in einen solchen Krieg hineinzurufen, sie werden ihn bestimmt nicht gewinnen. Aber er wird gewonnen werden! Mit den im Fortgang des Krieges immer mehr aufgerüttelten Massen werden die Kommunisten ihn umschlagen in den Bürgerkrieg, in den revolutionären Krieg, der die soziale Befreiung des deutschen Proletariats, die nationale Befreiung Deutschlands durchkämpfen wird bis zur Sprengung der sozialen Ketten auch des Ententeproletariats.

Welche Möglichkeit immer wir hinführen, der Anschluß Oesterreichs an Deutschland ist nur auf einem einzigen Wege zu erringen: durch die proletarische Revolution! Brauchen wir also Furcht zu haben, mit der Sozialdemokratie in einen Topf geworfen werden zu können? Wollen die sozialdemokratischen Führer die proletarische Revolution? Nein! Wollen sie also ernstlich den

Anschluß? Nein, nein und nochmals nein! Unsere Anschlußparole ist eine Parole des Kampfes. Gerade, indem wir die revolutionäre Lösung ausgeben: „Anschluß an Deutschland“, wobei wir immer den Massen aufzeigen müssen, daß der einzige Weg dazu der revolutionäre Weg ist, gerade dadurch enthüllen wir am besten die sozialdemokratische Anschlußparole als das, was sie ist, als Verleumdungsparole, dazu bestimmt, die österreichischen Proletarier durch Hinweis auf die „Kleinheit Oesterreichs“ usw. einzulullen und sie abzuhalten von der Revolution. Und auch die anderen Anschluß„freunde“, die Großdeutsche Partei und die christlichsozialen Anschlußpostulanten entlarven wir. Und wir werden manchem Arbeiter, Angestellten, Beamten und selbst Mittelschichtler helfen, ihren nationalen Schlagworten auf den Grund zu kommen.

Zum VIII. Parteitag.

Die nächsten Aufgaben und die Befundung der Partei.

Von Josef Aren.

2. Der proletarisch-wirtschaftliche Gesichtspunkt.

Welche außenpolitische Orientierung ist es dem österreichischen Proletariat die beste Kampfmöglichkeit um Arbeitslohn, Arbeitszeit, um Arbeits- und Lebensbedingungen überhaupt? Bei der Donau-, bzw. Donau-Balkan-Orientierung hätten wir im besten Fall mit einer internationalisierten Gewerkschaftsbewegung zu rechnen, aber sie hätte es mit 8 bis 15 grundverschiedenen Sprachen zu tun. Es wäre ein sehr schwerfälliges Geschäft. Bei der Deutschland-Orientierung steht vor uns das Bild einer vollkommen einseitigen, genauen Geographie, Antikolonialismus, und ähnlich bei den Konjunkturschwankungen, den Sportvereinen und so weiter.

Der kapitalistisch-wirtschaftliche Gesichtspunkt kommt uns Kommunisten nicht in Betracht. Dennoch wollen wir ihn prüfen. Die Kapitalisten fragen: Welche außenpolitische Lösung bietet uns den profitabelsten Absatz für unsere Waren und die billigste Bezugsmöglichkeit für Lebensmittel und Rohstoffe. Die österreichische Industrie exportiert den Großteil ihrer Massprodukte nach den Donau-Balkan-Ländern und von dort bezieht sie den Großteil ihrer Lebensmittel und Rohstoffe. Ist diese Lösung für Österreich an die Donau-Balkan-Länder, wie es Genosse Kautsky nennt, Grund genug zur Orientierung auf die Donau-Balkan-Suberotation? Was geschieht, Würden drohen im Anschluss an Deutschland diese Absatz- und Bezugsmöglichkeiten verloren gehen? Keineswegs! Im Gegenteil! Ein Deutschland, dem Österreich einverleibt ist, ist ein solches Machtgebilde, das die Suberrotation, die heute von der Entente entgegengesetzt werden, nicht zu halten vermag.

Wie aber wäre das bei einer Donau-, bzw. Donau-Balkan-Suberotation? Jeder der Nachfolgenden hat seine eigene Industrie geschützt und züchtet sie weiter. Wie sich bei der Abhängigkeiten innerhalb der Donau-, beziehungsweise Balkan-Suberotation gerade für die österreichische Industrie befeuern lassen, ist nicht zum ersten Mal man sagt: nach dem Anschluss an Deutschland würde die österreichische Industrie der deutschen Industrie ausgeliefert sein. Gewiss, die zurückgebliebenen Unternehmungen würden daran glauben müssen. Aber vor diesem Schicksal kann sich keine Donau-Suberotation u.ä. bewahren. Zweifelloß würde auch sonst vielfach ein Eigentümertum eintreten, reichsdeutsche Kapitalisten würden vielfach an Stelle österreichischer treten. Das wäre für die betroffenen Kapitalisten schmerzhaft, den Arbeitern aber ist es gleich, ob ihr Ausbeuter Geiringer oder Schanze heißt. Die kapitalistische Betrachtungsweise ist Sache der österreichischen Bourgeoisie. Die KPÖ muß ihre außenpolitische Orientierung eindeutig ausschließlich nach proletarischen Gesichtspunkten.

Würde der kapitalistische Anschluss an Deutschland die österreichische Sanierungsstrife lösen? Keineswegs! Genossenschaftliche Sanierungsstrife im Vergleich zur heutigen einseitig erleichtert, die Sanierungsstrife aber würde bleiben. Nur ihre Form würde sich ändern. Die österreichische Strife würde ein Teil der deutschen Sanierungsstrife.

3. Der revolutionäre, nationale Gesichtspunkt.

Dürfen wir Kommunisten unsere außenpolitische Einstellung auch nach nationalem Gesichtspunkt ausdrücken? Ganz gewiss dürfen wir das? aber freilich nur in revolutionärer Weise. „Dane richtige Politik ist der nationaler Frage — keine Bolschewisierung!“ (Ern. Cz. April 1925) Unsere Außenpolitik nach revolutionärem nationalem Gesichtspunkt ausdrücken, heißt Antwort geben auf die Frage: Welche welche außenpolitische Orientierung ist dem österreichischen Proletariat am meisten zugleich auch die Interessen der anderen werktätigen Schichten? Oder nach so freier: Durch welche außenpolitische Orientierung ist dem österreichischen Proletariat am meisten, daß die arbeitenden Schichten Österreichs sich der österreichischen proletarischen Revolution nähern?

Indem wir den Anschluss in revolutionärer Weise fördern, fördern wir ihr wichtigste Lebensinteresse aller Werktätigen Österreichs. Indem wir für die Lösung kämpfen: „Anschluss an Deutschland“ und zugleich immer den Werktätigen beweisen, daß der einzige Weg dazu über die proletarische Diktatur führt, enthalten wir das wahre Weib der betriebsfremden Anschlusspolitik, nicht nur der sozialdemokratischen Führer, sondern auch der Nationalisten.

Das ist revolutionäre, nationale Politik, ist nichts zu tun hat mit dem „Nationalsozialismus“, der dazu führt, daß die Unterdrückung, die die KPÖ der national-revolutionären Bewegung angedeihen läßt, in einer Förderung der Führung dieser Bewegung durch die leitenden Klassen und ihre Parteien übergeht. (S. 28)

Die österreichische Frage ist eine nationale Frage im weitestesten Sinn des Wortes. Das übersehen sehr viele Kommunisten in und außerhalb Österreichs. Wenn zum Beispiel die drei Millionen Werktätigen in Österreich nicht den Kampf um die proletarische Revolution führen und ausführen, so werden in Österreich sechs Millionen Werktätige von den Entente-Ländern nicht nur niedergedrückt und ausgebeutet, sondern zu Hunger und Tod getrieben. Die Rettung dieser sechs Millionen Werktätigen aus dem „Kammer der Besten“ ist im höchsten Sinne des Wortes eine nationale Frage, um deren revolutionäre Lösung die KPÖ, die Kommunisten in alle ausbeuteten und unterdrückten Völker, die Selbstbestimmung bis zur Verwirklichung der nationalen Grenzen, das wir jedem unterdrückten Volk ausgeben, dieses Recht hat selbstverständlich auch das Volk Österreichs. Wir unterstützen dieses Recht und fördern es, weil wir allen unterdrückten Völkern ohne Unterbrechung in ihrem Kampf gegen ihre Unterdrücker helfen.

Den, so werden in Österreich sechs Millionen Werktätige von den Entente-Ländern nicht nur niedergedrückt und ausgebeutet, sondern zu Hunger und Tod getrieben. Die Rettung dieser sechs Millionen Werktätigen aus dem „Kammer der Besten“ ist im höchsten Sinne des Wortes eine nationale Frage, um deren revolutionäre Lösung die KPÖ, die Kommunisten in alle ausbeuteten und unterdrückten Völker, die Selbstbestimmung bis zur Verwirklichung der nationalen Grenzen, das wir jedem unterdrückten Volk ausgeben, dieses Recht hat selbstverständlich auch das Volk Österreichs. Wir unterstützen dieses Recht und fördern es, weil wir allen unterdrückten Völkern ohne Unterbrechung in ihrem Kampf gegen ihre Unterdrücker helfen.

Daß der Anschluss an Deutschland nicht auch die Lösung der nationalen Frage, z. B. der Tschechen in der Tschechoslowakei, bedeutet, ist wahr. Wir können nicht fördern den national-revolutionären Kampf aller unterdrückten Völker und Völkersteile dadurch, daß wir um die revolutionäre Lösung der nationalen Frage Österreichs kämpfen.

Aber kann es nicht geschehen, daß wir trotz unseres Kampfes, gegen unsere Willen, gegen die Interessen aller Interessen der Werktätigen Österreichs durch die Gewalt der imperialistischen Länder der griechischen und italienischen Entente in eine Donau- oder Donau-Balkan-Suberotation oder in Bindungen, die den proletarischen Kampf in Bezug auf den, gezwungen werden? Ganz gewiss ist das möglich! Das ist sogar eine sehr ernste Möglichkeit! Stellen wir deshalb für die Donau- oder Donau-Balkan-Suberotation oder ihre sonstigen Nebenbedingungen keine Forderungen, desto mehr müssen sie sich aus dem nationalen revolutionären Kampf der Millionenarbeitenden in Österreich entfalten, desto mehr muß die KPÖ ihre Forderungen steigern, den national-revolutionären Kampf zu fördern. Und auch da ist die Lösung die revolutionäre: „Anschluss an Deutschland durch die Revolution unter dem Banner der proletarischen Diktatur“.

Zum VIII. Parteitag.

Kugenbild an dadurch unterbunden, daß die „Rote Fahne“ am 18. November die Ergebnisse zusammenfassend die Reichskonferenz wie folgt „korrigierte“: „Die Reichskonferenz erkannte die Verschärfung der Klassenverhältnisse in Oesterreich, die unmittelbar revolutionäre Situation und die Notwendigkeit ungewöhnlich die Probleme des Kampfes um die politische Macht . . . durch den bewaffneten Aufstand vor der Arbeiterklasse als Aufgabe der Gegenwart . . . aufzurollen.“ Diese Bewertung widerspricht der Einschätzung des eben erst geschlossenen 5. Weltkongresses und den offensichtlichen Tatsachen in Oesterreich. Gerade damals überwogen in Oesterreich die Stabilisierungstendenzen, die österreichischen Massen, in den Sanierungsillusionen noch befangen, waren kühnlich und erst später im Frühjahr war ein langsames Ansteigen des Kampfwillens im österreichischen Proletariat bemerkbar. Die Mehrheit der damaligen Parteileitung (Frank) auf diesen Widerspruch aufmerksam gemacht, hat es nicht für nötig erachtet, den Fehler zu korrigieren. In der Tat spricht vieles dafür, daß sie selbst der ultralinken Auffassung von der „aktuell“ revolutionären Situation sehr nahe stand. So sagte die Resolution der Reichskonferenz an anderer Stelle: „Es ist klar, daß die kommenden Monate die SP. weiter r a s c h w ä c h e n werden“ und Genosse Frank in seinem politischen Hauptreferat meinte gar: „Wir sind gewiß, daß die nächsten Monate bringen werden die Entstehung der kommunistischen Massenpartei in Oesterreich.“ Man vergesse die Tatsachen! Aber zu so falschen Perspektiven muß man kommen, wenn man die Lage nicht mit bescheidener Mäßigkeit abschätzt.

So zwischen „unmittelbar (aktuell) revolutionärer Situation“ und „objektiv revolutionärer Situation“ wurde die Basis der Politik der Partei vollkommen verwirrt. Hier liegt einer der Gründe, warum die christlichen Bemühungen der Parteivorstandsmehrheit, die zweifellos einen Schritt vorwärts zur Parteigründung gebracht hat, politisch so wenig Erfolg hatte. Es ist eine politisch sehr wichtige Sache, daß wir die Lage nüchtern und klar mit bolschewistischem Realismus bewerten.

Und noch eine zweite Lehre muß hier gezogen werden. Wenn der Führung ein wichtiger Fehler unterläuft, dann muß die Korrektur vor der ganzen Partei vorgenommen werden, um die ideologische Verwirrung zu beheben.

„Die Massen in Oesterreich beginnen aus ihrer Lethargie zu erwachen, beginnen in Bewegung zu geraten, beginnen in Kampf zu treten für ihre nächsten Tagesorgen. Die wirtschaftlichen, sozialen, politischen Verhältnisse beginnen sich zu verschärfen, die Lage in Oesterreich ist revolutionär, aber wie stehen jetzt in Oesterreich erst am Beginn einer Entwicklung, die zu einer „unmittelbar (aktuell) revolutionären Situation“ führt. So habe ich Mitte Dezember 1924 in einer Auseinandersetzung mit Genossen Frank die Lage in Oesterreich charakterisiert und ich habe diese Einschätzung auch heute noch für richtig, möchte nur hinzufügen: die Stabilisierungstendenzen und Sanierungsillusionen beginnen zu weichen, die Verschärfungstendenzen beginnen, die Stabilisierungstendenzen zu überwiegen.“

Die erweiterte Exekutive im April 1925 hat die ultralinken Einschätzung der Lage als „unmittelbar revolutionär“ korrigiert und die Lage als „objektiv revolutionär“ bewertet. Die politischen Thesen, die die Parteivorstandsmehrheit dem kommenden Parteitag vorlegt, übernehmen diese Einschätzung, versuchen es aber doch, sie ein wenig ultralink zu korrigieren. Sie sagen nämlich: „Die objektive Situation in Oesterreich ist revolutionär und eine auszusprechen zugehörte Kampfsituation.“ Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Parteivorstandsmehrheit hätte glatt die Formulierung übernehmen sollen, welche die RS. im Februar 1925 speziell für Oesterreich ausgesprochen hat: „Alle diese Faktoren schaffen eine politische Lage, die zu revolutionären Konsequenzen führen kann.“

Die ultralinken Genossen haben bei der Einschätzung der Lage in Oesterreich noch folgenden Fehler: sie sehen die gewaltige Massenarbeitslosigkeit und schließen daraus, das müsse die Massen zur Revolution rasch vorwärts treiben. So einfach liegen die Dinge nicht. Das Elend an sich brückt nieder, treibt zur Stumpfheit oder Verzweiflung. Was revolutionärer wirkt, das ist die Unbefähigkeit der Lage. Die Lage der österreichischen Arbeiter ist aber ziemlich „befähigt“. Die außerordentlich lange Dauer hat den Kampfwillen eines großen Teiles der Arbeitslosen zermüht. Die Furcht, in das Lager dieser fast jeder Hoffnung baren Arbeitslosenmassen zu fallen, wirkt lähmend zurück auf den Kampfwillen der Betriebsarbeiterschaft. Daß der Kampfwille der Betriebsarbeiter trotzdem langsam wieder ansteigen beginnt, ist ein gutes Zeichen, alles deutet darauf hin, daß wir in Oesterreich einer Periode großer Massenkämpfe entgegengehen.

Freilich, daß diese lähmende Wechselwirkung sich so lange fast ungesättigt geltend machen konnte, und auch heute noch ziemlich ungesättigt geltend machen kann, das ist kein Zufall. Die Thesen der Parteivorstandsmehrheit haben vollkommen recht, wenn sie auf den subjektiv revolutionären Faktor, als die G e r a n d s c h w ä c h e, hinweisen und in den Brennpunkt der Parteilauterkeit stellen. Eine andere Frage allerdings ist, worin denn eigentlich die Schwäche des subjektiv revolutionären Faktors besteht und vor allem, wie sie zu beheben ist. Darin bin ich vielfach anderer Meinung als die Thesen.

Die nächsten Aufgaben und die Befassung der Partei.

Von Josef Frey.

Die Lage.

Die Lage im Weltmaßstab ist objektiv revolutionär. Die Verschärfungstendenzen beginnen wieder die Stabilisierungstendenzen zu überwiegen (China, Marokko). Auch in Oesterreich ist die Lage objektiv revolutionär.

Oesterreich in seiner heutigen Form ist auf kapitalistischer Basis lebensunfähig. Es muß den Großteil seiner Rohstoffe und Nahrungsmittel aus dem Ausland beziehen und hat den Großteil seiner Absatzmärkte verloren. Die kapitalistische Sanierung hat daran nichts geändert. Mit Hilfe der Genfer Kredite wurde die Krone stabilisiert, das Gleichgewicht im Staatshaushalt hergestellt, aber das Kastium der Zahlungsstillstände, der Stillstand des Großteils des Industrieparates, die riesige Arbeitslosigkeit bestehen weiter. . . . Unmöglich ist eine Sanierung, die zu bestimmten Umständen wäre, daß der gesamte vorhandene Wirtschaftsapparat profitabel verwendet werden könnte. Ein bedeutender Teil des Wirtschaftapparates ist endgültig entwertet, und zwar nicht nur im österreichischen Rahmen, sondern auch im Rahmen eines beliebigen anderen kapitalistischen Wirtschafts- und Staatsgebildes. Unter Ausbesserung des „überflüssigen“ Teiles des Industrieparates ist die kapitalistische Sanierung Oesterreichs theoretisch denkbar. Praktisch aber wäre diese Lösung nur möglich bei vollkommener Passivität des österreichischen Proletariats, wäre nur möglich, wenn das österreichische Proletariat bereit wäre, widerstandslos Hunderttausende österreichischer Proletarier vernichten zu lassen. Das ist trotz aller reformistischen Versuche beim Klassenbewußtsein der österreichischen Proletarats unmöglich, darum ist die kapitalistische Sanierung praktisch unmöglich. Die Sanierung Oesterreichs ist nur möglich auf kommunistischer Basis, auf der Basis der proletarischen Diktatur.“

So habe ich mit einer Reihe von Genossen im Herbst 1924 im Memorandum an den 5. Weltkongress die grundlegenden Widersprüche der Lage Oesterreichs charakterisiert. Die Lage ist heute genau so, sie tritt in der noch immer anwachsenden Arbeitslosigkeit, die ihresgleichen auf der ganzen Welt nicht hat, nur noch trauer zu Lage, unausgeglichen, unermindert, ja verstärkt (Sanierungsbankrott) treiben die grundlegenden Widersprüche und müssen verstärkt weitertreiben zur Verschärfung der Klassenverhältnisse in der Richtung auf die revolutionäre Austragung und Lösung.

Die Reichskonferenz (November 1924, nach dem 5. Weltkongress) hat die Lage Oesterreichs richtig eingeschätzt. Leider wurde die günstige Auswirkung vom ersten

Die nächsten Aufgaben und die Befundung der Partei.

Von Josef Frey.

III.

Die rechte Hand der österreichischen Bourgeoisie.

„Die österreichische Bourgeoisie ist sich da über klar, daß ein Hinwärtsgehen der Katastrophe Element; die weitere Niederhaltung und verächtlichen Ausbeutung der österreichischen Arbeiter, Angehörigen, Beamten und Landarmen Bauern möglich ist. Die christlichsoziale Regierung Kamel leitet daher... einen unterhändigen Kurs der... Konterrevolution ein.“ (So die letzte Resolution der K. zur österreichischen Frage 18. Februar 1925, siehe „Rote Fahne“ 6. März.)

Diese Charakteristik trifft aufs Haar heute noch zu. Durch Monate ist die Parteivorstandsmehrheit auf dem „faschistischen Kurs“ geritten. Die K. sprach mit vollem Bewußtsein nicht vom „faschistischen Kurs“, sondern vom Kurs der Konterrevolution, die Parteivorstandsmehrheit aber ritt auf dem faschistischen Kurs weiter und da auch die Thesen der jetzigen Parteivorstandsmehrheit auf dieser verschwommenen Formel weiterreite, ist es nötig darüber zu sprechen. Zwei schlechte Auffassungen spulen insbesondere in den Köpfen der Ultralinken und der von ihnen geistig beeinflussten Genossen.

Was war das Hauptmerkmal jener Bewegung, für die der Begriff Faschismus aufgefunden ist? Doch in erster Linie dieses, daß hier die durch Krieg ruinierter Mittelschichten den ersten Versuch unternahm, sich als selbständige Massenbewegung zu etablieren zur Überwindung der Macht durch gewalttätigen Umsturz mit konterrevolutionären Zielen aber vielfach revolutionären Lösungen, darauf berechnete für ihre Massenbasis Verführung zu holen aus dem durch die sozialdemokratische Herrschaftspolitik empörrischen proletarischen Schichten. Dieser Versuch ist überall gescheitert. Die ganze faschistische Bewegung, die ganzen faschistischen Organisationen in welchen Land immer sich heute vollkommen in den Händen der Bourgeoisie. Was wir heute Faschismus nennen, hat in seinen führenden Elementen den Traum der selbständigen Massenbewegung der Mittelschichten ausgeträumt und ist einfach ein Machtinstrument der Kapitalistenklasse, das mit Erlaubnis der Bourgeoisie wohl weiterhin seine „revolutionären“ Schlagzeilen gebrauchen darf, um Proletarier irrezuführen, anzulocken, zu verführen, aber die von der Bourgeoisie gezogenen Grenzen nicht überschreiten darf, damit nicht die herübergelockten Proletarier diese Lösungen etwa wirklich ernst nehmen. Der Begriff Faschismus heißt heute nicht mehr seinen alten Inhalt.

Jede Konterrevolution hat alle Mittel der Gewalt angewendet. In diesem Sinne ist der heutige Kurs in Österreich einfach: der Kurs der Konterrevolution. Aber ein Unterschied ist da. Den antikapitalistischen Schwindel, namentlich in Form des Antimilitarismus, die nationalistische Verhöhnung und alle sonstigen Lumpereien, ebenso wie den rücksichtslosen Gebrauch aller Arten von Gewaltmitteln, das hat jede Konterrevolution gekannt. Allein sie ist dabei mit den normalen Mitteln ihrer Staatsgewalt ausgekommen. Das Neueartige besteht darin, daß sie nun, seit der Kapitalismus ins Wackeln gekommen ist und die normalen Machtmittel des Staats nicht unter allen Bedingungen absolut zuverlässig sind, den Klassenmäßige Machtorganisationen zur Verfügung hat. Sie hat sich sie verschafft, indem sie sich den Faschismus völlig unterworfen und eingeordnet hat. Und sie baut sie natürlich mit allen Kräften aus. Diese Organisationen und auch die Tendenz diese Klassenmäßigen Machtorgane auszubauen und zu verwenden bezeichnen wir richtigerweise als faschistisch, denn es sind Mittel und Methoden des alten Faschismus wenn auch von neuen Herren, eben der Bourgeoisie, angewendet und ihren Bedürfnissen angepaßt. Die faschistische Tendenz wird am konsequentesten vom rechten (faschistischen) Flügel der Bourgeoisie vertreten, in Österreich von der Seipel-Gruppe.

Die Formel „faschistischer Kurs“ läßt die Deutung zu, es könnte sich um die Stabilisierung des Faschismus im alten Stile handeln. Richtig und absolut präzise ist die Formulierung der K., die wir nun nach obiger Analyse in vollem Wortlaut wiedergeben: „Die christlichsoziale Regierung Kamel leitet daher unter dem Druck der faschistischen Wiener Seipel-Gruppe einen unterhändigen Kurs der... Konterrevolution ein.“ Kurs der Konterrevolution unter dem Druck des rechten (faschistischen) Flügels, das ist der gegenwärtige Kurs in die richtige Formel gebracht, es liegt kein Anlaß vor, die Einschätzung und Formulierung der K. zu ändern.

Die Kamel, Threr, diese Heimwehshäuptlinge der Provinz führten die Seipel-Regierung, um die Bahn frei zu bekommen, für den „faschistischen Kurs“. So hat die Sache Monate hindurch die „Rote Fahne“ dargestellt und die Thesen der Parteivorstandsmehrheit haben das glatt übernommen: „Dem faschistischen Kurs der Bourgeoisie entspricht der Wechsel der Seipel zur Kamel-Regierung“. Das ist eine Verleumdung der wahren Lage.

Es gibt innerhalb der österreichischen Bourgeoisie nichts, was rechts von Seipel steht, außer das Häuflein ultrarechter Knaben und impotenter Greisenbörste, die die Bourgeoisie ruhig beifern läßt und wenn sie es zu tun treiben, bei den Ohren zur Ordnung zielt. Seipel ist der stillste, energischste Befürworter der Interessen der Großkapitalisten, die Großagraren und Großbauern indifferen. Seipel ist auch organisatorisch die stärkere Potenz als jene

Heimwehshäuptlinge, hinter ihm steht die Organisation der katholischen Kirche, die die heitrischen, Salzburger und sonstigen Heimwehshelden am Kinn zittern hat und nicht umkehrt. Von den Frontkämpfern nicht zu reden. Der „faschistische Kurs“ in Österreich hat nicht mit dem Kamel Threr, sondern mit Seipel begonnen und er wird ge'eiert fortgesetzt, weil die Seipel-Gruppe in dieser Richtung drückt.

Die Kamel-Threr sind Vertreter des enghirnigen Provinzialismus innerhalb der Bourgeoisie. Element; die ihre Politik nur nach den Interessen der heitrischen, Salzburger usw. Großbourgeoisie richten, während Seipel sich vom Gesamtinteresse der Großkapitalisten leiten läßt. Seipel ist von der Regierung zurückgetreten, weil er diesem kurzfristigen, partikularistischen Teil der Großbourgeoisie nur dadurch auf seinem Weg bringen kann, daß er ihm, ihn vorübergehend in die Regierung sendend, Gelegenheit gibt entweder zu lernen sich nach dem großkapitalistischen Gesamtinteresse zu richten oder sich mit seiner provinziellen Beschränktheit abzuwickeln. Seipel ist von der Regierung zurückgetreten, aber hinter den Kulissen hält er die wirklichen Zügel weiter fest in der Hand, um jene Phase vorzubereiten, wo er mit verstärkter, völlig einheitlicher Front wieder in die Regierung einrücken kann.

Gerade weil die Kamel-Threr innerhalb des rechten Flügels links von Seipel stehen und schon an das Zentrum der kapitalistischen Front angrenzen, stehen sie der Sozialdemokratie näher und spielen dann und wann mit dem Gedanken der Koalition, was Seipel vollkommen abseht. Wir werden später hören warum. Mit viel mehr Berechnung kann man sagen, daß die Bourgeoisie Seipel durch Kamel ablenken lieh, um die Heranholung des zweiten Elements, das die Bourgeoisie im Feuer hat, vorzubereiten, zu erleichtern: der Sozialdemokratie. Das wäre schon demüthig zuzugeben, wenn nicht Seipel als lebendiger Ringel davorstünde.

Die Ursache dieses Regierungswechsels ist also durchaus sekundärer Natur. Dagegen ist es wichtig, daß wir uns durch den vor allem parteipolitischen Schachzug Seipels nicht täuschen lassen, daß wir seine Funktion in der Bourgeoisiefront, seine Stellung innerhalb des rechten Flügels seine Rolle in der Bourgeoisiepolitik richtig erkennen.

Wie sollen wir gegen die faschistischen Organisationen und gegen die faschistischen Tendenzen kämpfen? Damit vor allem, daß wir — da hat Genosse Koritschner vollkommen recht — die soziale Differenzierung ihrer Gesellschaft fördern. Unsere Politik muß dahin wirken, die Peripherie die sich innerhalb der faschistischen Organisationen um den bürgerlichen Klassenkerne gruppiert und die außerhalb befindlichen Sympathisierenden zu zerlegen, die Elemente die ihrer Klassenlage nach zum Proletariat gehören, loslösen und in die proletarische Front herüberziehen. Gen. Koritschner sagt freilich nichts über die politischen Mittel, mit denen die Partei diese Arbeit leisten soll. Der entscheidende Kampf für die Tagesfragen des Proletariats ist auch dazu das wichtigste Mittel. Aber wir können uns die Befreiungsaufgabe erleichtern, wenn wir die nationale Frage überhaupt und die nationale Frage Österreichs insbesondere vollständig behandeln. Eine wie immer geartete Orientierung auf die Donauüberquerung oder Donau-Balkanüberquerung — sei sie auch gekleidet in die Räteformulierung — wird nicht einen einzigen lösen, im Gegenteil sie ist Wasser auf Seipels Mühle. Dagegen die revolutionäre Orientierung auf Deutschland erleichtert uns die Befreiungsaufgabe.

betrifft, so sind einstweilen nur die ersten Ansätze sichtbar, deren Entfaltung wir in einer späteren Phase erleben werden.

Warum belämpft dann aber Seipel den Eintritt der sozialdemokratischen Führer in die Regierung? Die Bourgeoisie in ihrem Großteil (die Klein- und Mittelmittellisten, die Fertigindustriellen) ist klar darauf eingestellt, die sozialdemokratischen Führer im richtigen Moment wieder in die Regierung zu nehmen: sobald nämlich die Situation kommt, wo es gelten wird, die ernst rebellierenden Massen neuerlich irrezuführen, abzulenken, zu verwirren, einzulullen und der Bourgeoisie eine neue Atempause zu sichern. „Die österreichischen Kapitalisten werden in nicht sehr ferner Zeit vor der Existenzfrage stehen, auch ihre dritte Partei, die Sozialdemokratie, in die Regierung aufzunehmen.“ (23. Februar.) Seipel ist dagegen. Warum?

Die SP. hat dem Großteil der Arbeiterschaft zum Massenbasis, eine Kleinbürgerliche Führung, außerdem wächst der Kleinbürgerliche Mitgliedschaftsteil fortwährend nach Zahl und Gewicht. Seipel ist sich vollkommen klar, daß die kapitalistische Sanierung, soll sie überhaupt durchführbar sein, eine eiserne kapitalistische Politik und Führung erfordert, die vor nichts, aber auch nichts zurückweicht, und eben deshalb in keinem Augenblick, sei es noch so schwierig, schwanken darf. Und da ist der Punkt, warum er die sozialdemokratischen Führer nicht in der Regierung haben will. Denn diese Führer sind Kleinbürger. Trotzdem sie letzten Endes nur für den Kapitalismus kämpfen — wenn der Kapitalismus in ernste Gefahr kommt, werden sie bestimmt schwanken. Erstens, weil sie wie jeder Kleinbürger denken, „man weiß nicht wie die Welt geht, man muß mit allen Möglichkeiten rechnen...“. Zweitens aber wird ihre proletarische Massenbasis in der kritischen Situation so rebellieren, so „schwanken“, daß die Kleinbürger an der Spitze unweigerlich ins Schwanken geraten werden. Seipel weiß das, so wie wir das wissen. Und er weiß, daß kritische, immer kritischere Situationen kommen müssen, je weiter die kapitalistische Sanierung vorwärts getrieben werden muß, soll der Kapitalismus nicht jetzt schon zugrunde gehen. Darum will Seipel die sozialdemokratischen Führer nicht in die Regierung lassen. Er weiß übrigens, daß diese Kleinbürger auch außerhalb der Regierung, wann's drauf ankommt, ihre kapitalistische Pflicht erfüllen und weiterhin getreulich erfüllen werden, trotz aller Fugtritte, mit denen er sie regaliert.

Die sozialdemokratischen Führer wollen in die Regierung. „In dem Augenblick, wo das österreichische Proletariat, wo die Arbeitslosen und die Arbeiter in den Betrieben sich erheben, werden die sozialdemokratischen Führer ohne Zögern die Koalitionsregierung mit den Christlichsozialen bilden“ (23. Februarheft). Keinerlich scheint es, als ob sie nicht in eine Koalitionsregierung zu gehen wünschen, sondern, als ob sie endlich um eine sozialdemokratische Regierung, man denke: eine wirkliche „Arbeiterregierung“ kämpfen. Sie beifügen ihre Mitgliedschaft auf, die lebenden 300.000 Stimmen zu erobern. Das hat zunächst einmal den Zweck, den Druck auf das Zentrum und den rechten Flügel der Bourgeoisie zu verstärken, sie geneigter zu machen, auch den linken Flügel, die sozialdemokratischen Führer, in die Regierung zu nehmen.

Wird es der SP. gelingen, 300.000 Stimmen oder auch mehr aufzubringen? Möglich, ich glaube sogar wahrscheinlich. Wird die SP. bei 51 Prozent allein regieren? Sehr wahrscheinlich nicht. Wird sie bei 60 Prozent und mehr allein regieren? Sehr wahrscheinlich nicht. Aber, selbst wenn die Situation derart sein sollte — und es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß sie im weiteren Verlauf der kapitalistischen Sanierung so sein wird — selbst also dann, wenn die Situation sich so gestalten sollte, daß es vom kapitalistischen Standpunkt nicht unadmäßig ist, Vertreter selbst auch nur des Zentrums der Bourgeoisie mit in die Regierung zu nehmen, so wird auch das nur geschehen, um das Proletariat desto besser über den wahren Charakter dieser sozialdemokratischen „Arbeiterregierung“ täuschen zu können. Unter allen Umständen, auch dann, wenn sie allein in der Regierung sein werden, werden die sozialdemokratischen Führer Koalitionspolitik machen: niemals werden sie die Regierungsmacht als wirkliches Kampfmittel gebrauchen, um die Kapitalistenklasse zu besiegen, immer werden sie mit den Kapitalisten nichts als verhandeln, „Bemühn“ predigen — koalitionieren.

Dennoch ist es falsch, wenn die Thesen der Parteivorstandsmehrheit sagen, die parlamentarischen „Kämpfe“ werden „leiblich aus Parteinteresse um Teilfragen, wie die Verteilung der Posten des kapitalistischen Staates geführt“. Diese Auffassung ist den sozialdemokratischen Führern bitter unrecht: sie führen einen Kampf gegen den rechten faschistischen Flügel und um das Zentrum der Bourgeoisie. Aber freilich nicht um der proletarischen Interessen willen, sondern, weil sie aufrichtig der Ansicht sind, daß die Politik des rechten faschistischen Flügels den Kapitalismus ruiniere, und daß nur die sozialdemokratische Politik ihn saniere.

Um sich den Weg in die Regierung zu öffnen, und sich dann dort zu behaupten, müssen die sozialdemokratischen Führer unausgesetzt daran arbeiten, ihre breite Arbeiterbasis zu erhalten, und zu verbreitern. Nur wenn, und so weit ihnen das gelingt, ist die Politik der linken Hand für die Bourgeoisie möglich, annehmbar, nützlich. Darum dieses ganze Register von Kniffen und Schächeln der sozialdemokratischen Täuschungspolitik.

Wir Kommunisten durchschauen klar, daß der Gmief-Pakt nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer zustandegekommen, daß seine Durchführung nur mit Hilfe der sozialdemokratischen Führer in Angriff genommen und betrieben werden kann, und daß die sozialdemokratischen

Führer für diese ganze Lage, in der sich heute das österreichische Proletariat befindet, verantwortlich sind. Aber die große Masse der sozialdemokratischen Arbeiter durchschaut das nicht. Daß dem noch immer so ist, trotz der vielen Erfahrungen, das ist nicht nur auf die meisterbafte Täuschungspolitik der sozialdemokratischen Führer zurückzuführen, sondern ebenso sehr und noch mehr einem schon zweieinvierteljahrigen Verhalten der SPDe. (insbesondere vor der KP.) zuzuschreiben, daß man sich oft schwer entschließen kann, dies Politik zu nennen. Nur eine richtige bolschewistische Politik — nicht nur in Tübingen, sondern in der Prager! — wird hier Wandel schaffen.

Die nächsten Aufgaben und die Gelandung der Partei.

Von Josef Bren.

IV.

Die linke Hand der Bourgeoisie.

„Die Bourgeoisie siebängalt sowohl mit der schwarzen Reaktion (das ist die Seipel-Gruppe in Oesterreich. Der Rest) als auch mit der österreichischen Sozialdemokratie“ (23. Februarheft zur österr. Frage). Im gewissen Sinne gilt für die Sozialdemokratie das gleiche wie vom Faschismus: auch die Sozialdemokratie ist ein Versuch des Kleinbürgertums eine selbständige Rolle zu spielen, allerdings auf Basis der Arbeitermasse und mit passivistischer Politik. Und so wie dort so ist auch hier der Traum der Selbständigkeit ausgeträumt. Die Einschätzung des 5. Weltkongresses, „die Sozialdemokratie ist im gewissen Sinne in Europa bereits zur dritten Partei der Bourgeoisie geworden“, trifft den Nagel auf den Kopf.

Etwas anderes ist die Auswertung dieser richtigen Einschätzung. Mit mechanischem Wiederholen flohen wir die sozialdemokratischen Arbeiter nur ab. Wir müssen es verstehen den Arbeitern diese Wahrheit immer wieder politisch zu bereiten.

Die Sozialdemokratie ist eine bürgerliche Partei. Ihre wirkliche Endlösung ist die Erhaltung, Sicherung, Festigung und der Ausbau des Kapitalismus. Das besagt aber nicht, daß zwischen der Sozialdemokratie und den anderen bürgerlichen Parteien wichtige Unterschiede bestehen, die zu übersehen ein schwerer faktischer Fehler ist. Nehmen wir eine solche Formel (siehe Thesen der Parteivorstandsmehrheit) wie „die österreichische Sozialdemokratie ist der direkte linke Flügel des Faschismus“. Was sagte der fünfte Weltkongress? „Die Sozialdemokratie ist seit einer Reihe von Jahren in einem Umwandlungsprozess begriffen, aus einem rechten Flügel der Arbeiterbewegung in einen linken Flügel der Bourgeoisie, stellenweise sogar in einen Flügel des Faschismus.“ In Bulgarien z. B. trifft das vollkommen zu, aber von der österr. Sozialdemokratie ist hier die Rede und in Oesterreich sind wir heute noch nicht so weit, die SPDe. hatte es noch nicht nötig, sich so weit fortzuentwickeln. Sie ist auf dem Wege dazu, aber bis dahin ist noch eine Strecke zurückzulegen. Die österreichische Sozialdemokratie fördert die faschistischen Tendenzen durch ihre Passivität, durch ihr Einfallen der Massen, aber was die aktive Anwendung faschistischer Methoden durch die sozialdemokratischen Führer

Korreferat zum Bericht.

Gen. Frey.

Vor Eingang in sein Korreferat beantragte Genosse Frey die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung der von Gen. Hermann behaupteten „Verfälsche“, daß er „in der internationalen rechten Fraktion tätig gewesen“ sei. (Von der Behandlung dieses Antrages wurde Abstand genommen, da der internationale Vertreter fand, daß hierzu kein Anlaß gegeben sei.)

„Ich will mich auf die Periode seit der Verschiebung des Parteitagess konzentrieren. Es hat sich da etwas abgespielt, was nicht allen verständlich war. Ich möchte dazu beitragen, daß ihr mit etwas mehr Ruhe diese Dinge verstehen lernt. Nehmen wir die Geschichte unserer ungarischen Bruderpartei seit 1918 bis 1925. Damals entbrannte in unserer ungarischen Partei ein heftiger Fraktionskampf.

Haben die Fraktionskämpfe in der ungarischen Partei die KP. geschädigt? Ja! Aber, Genossen, kann man sagen, daß irgendeiner dieser ungarischen Genossen ein Verbrecher war? Die ungarische Partei kann das mit bestem Gewissen bejahen. Verbrecher waren nur die wenigen, die nie etwas Gutes getan haben, und die sind längst weg, aber die große Masse der Genossen hat es alles ehrlich geglaubt, wofür sie gekämpft hat. Trotzdem die Komintern sich inenstlich mit dieser Frage beschäftigt hat, ist es ihr weder im ersten, zweiten und dritten Jahr gelungen, eine Versöhnung herbeizuführen. Warum nicht? Weil erst ganz bestimmte Erfahrungen sich ansammelten, bis die Zeit gekommen war, wo eine Versöhnung stattfinden konnte. Und dann endlich nach vier Jahren kam die Versöhnung. Kann man sagen: entweder war alles Blöde oder ihr seid charakterlos? Es war nicht Blöde, denn die Genossen haben all das geglaubt, wofür sie gekämpft und erst allmählich wurde auf beiden Seiten erkannt: das war falsch und das war falsch. Und es war nicht charakterlos, sondern charaktervoll, nachdem man auf beiden Seiten die Irrtümer erkannt, einander die Hände zu reichen.

Am Beispiel der ungarischen Partei kann mancher von euch die Überzeugung gewinnen, daß der persönliche Standpunkt, von welchem aus ihr alles beurteilt, nicht richtig ist. Und ich glaube, wenn ihr die Vorkommnisse der ungarischen Partei betrachtet, so glaube ich, werdet ihr eine richtigere Einstellung gewinnen.

Die Hauptfrage ist: worin besteht das Wesen der Parteikrise? Wird er Auffassung ist, daß diese zweieinhalbjährige Krise in politischen und persönlichen Differenzen der Führer bestand, der versteht die Krankheit der Partei überhaupt nicht. Darin, daß enlere Mitgliedschaft zwar einzig ist aber den Kommunismus als Ziel, die proletarische Revolution als Weg und die proletarische Diktatur als Mittel, daß aber fast jedes einzelne Mitglied über den nächsten Schritt der Partei eine andere Meinung, in dieser großen ideologischen Verwirrenheit der Gesamtpartei, darin liegt das Wesen der Krise. Das hat zwei Ursachen. Die eine Ursache liegt in der etwas vorzeitigen Gründung der Partei. Die zweite Ursache liegt darin, daß durch zweieinhalb Jahre die Diskussion in der Partei unterdrückt war.

Wenn wir die Frage stellen, wie diese ideologische Verwirrung überwinden, kommen wir zur Antwort: diese Überwindung ist nur möglich, durch breite, kameradschaftliche, freiwillige Diskussion, welche die Aufgaben der Partei im Lichte der Erfahrungen der Vergangenheit prüft und in deren Verlauf sich im Laufe von vier bis sechs Wochen eine halbwegs einheitliche ideologische Auffassung bildet, die dann der Parteitag klar und scharf zusammenfaßt. Die Frage der Diskussion war die Frage der Lage der Partei seit der Parteiverchiebung. Daran hat sich hinsichtlich die Umgruppierung der Kräfte innerhalb der Partei vollzogen.

Als zum Tage der Verschiebung war ich mit meinen Freunden der Auffassung, daß die damals führende Gruppe im Parteivorstand trotz mancher politischer Fehler, trotz politischen Verfassens, im Kernpunkt eine fortschreitende Gruppe war. Als aber diese Gruppe den Parteitag zu dem Zwecke verschob, um einen zeitlichen Epil- vorum zu schaffen für eine solche Diskussion, als aber Woche um Woche verging und die Diskussion praktisch unterdrückt wurde, da sagten wir uns: Ihr müget die entscheidende Wätsche haben, ihr seid falsch Gegner der Parteiklärung. Wer in dieser Frage nicht für ist, wie immer das Verhältnis zum Parteivorstand gewesen sein möge, auch wenn er der beste Freund sei, in diesem Momente ist er ein Gegner der Klärung und der Befestigung der Partei. Dadurch hat sich das Verhältnis zur Mittelgruppe grundlegend

geändert. Da die Sabotage der Diskussion durch die Gruppe Hermann-Lonauer gefördert wurde, mußte auch das Verhältnis zu diesen Genossen sich grundlegend ändern. Denn, wer in dieser Frage gegen war, mochte er auch der beste Freund sein, der war falsch gegen die Klärung, gegen die Befestigung der Partei.

Umgekehrt veränderte sich dadurch auch das Verhältnis zwischen uns und den Genossen Tomann und Koritschoner und deren Freunden. Rodze es auch 34 Stunden vorher gewesen sein, wie immer, in dem Momente, wo sie sich in der Kardinalfrage der Diskussion mit uns gleich einstellen, war eine Kampf-kameradschaft möglich; natürlich müste noch ein zweites dazu kommen, die Einigung auf politischer Basis. Ihr begreift das, Genossen. Es ist aber so geschehen. Ihr sagt, die Einigung war persönlich. Eure Auffassung ist erspürbar, denn euch fehlten die Voraussetzungen zu einem richtigen Urteil. Wäre die Diskussion seit Verschiebung des Parteitages gelaufen, dann wäre der ganze Prozeß organisch verlaufen. Ja, ohne genügende ideologische Vorbereitung ist die Einigung erfolgt. Aber wer hat das verhindert? Die Parteivorstandsmehrheit, indem sie die Diskussion verhinderte. Und um desto williger, weil sie das tat, hätten wir nach zweieinhalb Jahren noch warten soll, obwohl die Zeit reif war? Nein!

Die Einigung ist völlig auf proletarischer Grundlage erfolgt. Ihr behauptet das Gegenteil und begründet das mit dem einzigen Argument, die Frage der außenpolitischen Orientierung sei von uns ausgeschaltet worden. Nun, man mag in der außenpolitischen Frage dieser oder jener Meinung sein, das eine ist unbestritten, daß eine positive Entscheidung nur nach gründlichster Prüfung möglich, daß also die Herüberstellung vollkommen gerechtfertigt ist.

Nun sagt ihr aber, warum nicht früher? Ich verweise auf die ungarische Bruderpartei und wiederhole, was ich früher gesagt habe, es war keine Blöde und keine Charakterlosigkeit.

In diesen letzten Wochen ist eine ungeheure Verwirrung in der Partei eingetreten. Warum? 1. Weil durch fünf Wochen die Diskussion unterdrückt wurde. 2. Dadurch, daß der Mitgliedschaft zwei Wochen vor dem Parteitage neue, völlig geänderte Thesen vorgelegt wurden. Ist ein großes politisches Ereignis erfolgt, das so gewaltige Veränderungen in der politischen Auffassung binnen so kurzer Zeit rechtfertigen? Der Parteivorstand hätte zugleich mit der Veröffentlichung der neuen Thesen erklären müssen, wozu und weshalb er seine politische Auffassung innerhalb acht Wochen geändert. Nun ist noch ein Drittes eingetreten. Wir hatten am 30. August die gemeinsamen Thesen Frey-Koritschoner-Tomann vorgelegt und am 2. September kamen die Thesen des Parteivorstandes. Beide wurden zugleich veröffentlicht am 2. September. Nun, Genossen, kommt die entscheidende Sache in der letzten Verwirrung. Die Genossen, die dies gelehen haben, haben gesagt: Hier ist ja gar kein Unterschied, also geht es nicht um eine einheitliche Sache, sondern nur um eine persönliche. Wir haben in diesem Artikel die Differenzen gründlich angegearbeitet, er hätte kurze Zeit vor dem Parteitage erscheinen sollen. Das ist nicht geschehen. Aber es sind ernste politische Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Thesen, die Taktikdebatte wird das zeigen.

Wenn wir die Grundfassung haben, daß die Krise in der Verwirrung der Partei besteht, dann würde im Widerspruch damit stehen, daß die Einigung schon die Befestigung der Partei sei. Unsere Einigung war nur ein erster Schritt, das war uns klar. Der zweite Schritt müste die Einigung mit den anderen Genossen sein. Wäre die Diskussion nicht unterdrückt worden, so ständen wir heute ideologisch so weit, wir ständen von allem Anfang auf dem Standpunkt der Gesamtzielung, aber auf dem Wege der politischen Klärung und wir stehen auch noch heute auf diesem Boden der Zusammenarbeit aller, trotzdem ein Teil der Genossen von der anderen Seite aufgetreten ist. man müste die und die Genossen ausschalten. Der Genosse der Komintern hat uns heute das englische Beispiel vorgeführt. Dieses Beispiel ist einleuchtend, daß wir alle uns auf diesem Boden stellen und auf diesem Boden zusammenarbeiten müssen.

Welche Stellung haben wir zur politischen Tätigkeit des Parteivorstandes? Wir stellen fest, daß dieser Parteivorstand eine besetzte Partei übernommen hat, daß er mit den Auswirkungen der Fraktionskämpfe zu tun hatte und daß er trotzdem Positives geleistet hat. Er hat frische Luft in die Partei gebracht und hat auch theoretisch eine größere Klärung vollzogen. Aber wir sehen andererseits: Politisch sind eine ganze Reihe schwerer Fehler erunterlaufen und vor allem in der praktisch-politischen Durchführung der Linie hat dieser Parteivorstand versagt. Der politische Einfluß ist zurückgegangen und geht noch weiter zurück.

Daraus muß die Hauptfrage für die nächste Zukunft gezogen werden: Nicht nur gedankliche Erarbeitung der richtigen Linie, sondern auch und vor allem praktisch-richtige Durchführung der richtigen Linie. Nur das bringt Erfolg.

Genosse Frey:

Der Bericht durch den trüben Schaum aller verständlichen Begleiterscheinungen hindurch den tieferen politischen Sinn der Vergangenheit zu erfassen, ist nach den ersten Anläufen heute gelöst. Je weiter, desto mehr hat sich die Debatte auf ein Gebiet heben, auf dem eine politische Auseinandersetzung unmöglich ist: auf das Gebiet des Persönlichen. Auf dieses Gebiet wollen wir euch nicht folgen.

Nicht, als ob wir nicht Instände hätten dazu manches zu sagen, vieles, sehr vieles zu widerlegen, aufklären, in anderem Lichte zeigen zu können. Mehr noch, wir könnten den Spieß umdrehen und euch zeigen, daß es falsch ist, Sündenböcke zu suchen, daß vielmehr Jeder Grund hat, sich an seine Brust zu schlagen, die Beteiligten vor allem, aber auch die Passiven.

Aber aus zwei Gründen wollen wir auf diese persönliche Argumentation nicht eingehen. 1. Weil auch eine bloße Defensivdebatte uns in die ganz schlechte Situation bringen würde, als ob wir doch um jeden Preis uns herausarbeiten möchten, um etwa doch noch irgendwie diesen entsetzlichen Machtspieß, an die Parteispitze zu gelangen, befriedigen zu können. 2. Weil wir glauben, damit der Partei zu dienen und weil wir es auch euch erleichtern wollen, über diesen ganzlich falschen Standpunkt, über diese rein persönliche Betrachtung und Beurteilung politischer Dinge hinwegzukommen, zu der richtigen Einstellung zu gelangen, nämlich: politische Dinge politisch zu beurteilen.

Ich will nur das erste Argument der ganzen Debatte besprechen. Es wurde gesagt: Eure Einigung als solche war erfreulich, aber darum müßte man sich gegen sie kehren, weil sie eine Einigung sei zum Angriff, zur Spaltung der Partei. Das ist ein ernstes Wort, Brüder.

Wir haben eine Resolution vorgelegt. Sie stellt fest: politische Fehler, Befolgen in der praktischen politischen Durchführung. Nicht ein einziger Redner hat das bestritten. Biegler hat das Gegenteil unterstrichen. Zugegeben, daß die Entschuldigungsgründe für den 18. und gewisse seiner Leistungen etwas mehr hätten hervorgehoben werden sollen, zugegeben, daß die Fehler Freys etwas mehr hätten betont werden können — aber kann man sagen: die Vorlage dieser Resolution war ein Angriff, und gar ein Angriff zur Spaltung? Das geht über unser Fassungsvermögen. Wir hatten uns geeinigt, das war der erste Akt. Konnten wir nun sofort den anderen am den Hals fallen? Das war politisch unmöglich. Sondern erst mußten vor der Partei die politischen Meinungsverschiedenheiten bereinigt und daher zunächst einmal beseitigt werden. Das politische Mittel dazu war unsere Resolution zum Bericht und unsere Faktikthesen. Wenn politische Meinungsverschiedenheiten sind, müssen sie durch Kritik und Diskussion gelöst werden; nur so konnte die Gesamteinigung, die wir vom ersten Augenblick an, erstrebten, verwirklicht werden. Der Vorwurf also, unsere Einigung sei zur Spaltung der Partei erfolgt, ist unrichtig, ungerechtfertigt und ungerecht.

In diesem Zusammenhang möchte ich sagen: die lange Debatte hat uns gezeigt, daß der Parteitag der Auffassung ist, daß unsere Kritik richtig ist, und daß die Hauptaufgabe, die wir aus der Vergangenheit ziehen müssen, die ist, daß nicht nur die politisch-theoretische Klarheit entscheidend ist, sondern auch die Durchführung. Da seid ihr mit uns eines Sinnes. Da uns die formelle Abstimmung nebensächlich ist, ziehen wir unsere Resolution zurück.

Ich habe bewiesen, daß unsere Einigung nicht zur Spaltung erfolgt ist, sondern als erster Schritt zum zweiten Schritt, zur Gesamteinigung der Partei. Wie aber schaut die „Einigung“ aus, die ihr wollt? Ihr habt vom ersten Moment unsere Ausschaltung gewollt. Wir haben in den Mitgliederversammlungen gesagt, es ist eine Zusammenfassung aller Parteikräfte notwendig, um die Partei zu heben. Trotzdem habt ihr auf eurem Standpunkt beharrt, und ihr habt diesen Standpunkt auch heute. Dies sage ich nicht, um euch zu ändern, sondern ich sage: uns werft ihr Spaltung vor, wo wir vom ersten Moment sagten, wir wollen die Zusammenfassung aller Kräfte und ihr, die ihr vom ersten Augenblick sagt, ihr wollt uns ausschalten, die ihr uns, wie der Verlauf der Tagung bisher gezeigt hat, auch tatsächlich ausschalten werdet, ihr habt den Mut, nun aufzutreten, vor den Augen der Gesamtmehrheit, und zu behaupten, ihr, ihr wolle die Gesamteinigung? Aber die Dinge stehen anders. Die Arbeiter werden urteilen nicht nach dem Mund, sondern nach den Tatsachen.

Nun zur Frage, die Gen. Biegler angeschnitten hat. Nach zweieinhalb Jahren Exil bin ich zurückgekehrt für die Dauer und werde dauernd hier arbeiten. Aber ich muß unumwunden folgendes sagen: Angesichts dieser wohlorganisierten Pogromhete, angesichts dieser systematischen Untergrabung des Vertrauens, durch eine persönliche Heße, die weit über die Grenzen der Partei vor die Öffentlichkeit getragen wurde, angesichts der Tatsache, daß man uns vor der Partei, vor der Arbeiterklasse hinstellt als Leute, denen es nicht um das Wohl des Proletariats, nicht um das Wohl der Partei geht, sondern um ihre eigene Person, bin ich der Auffassung, daß für absehbare, längere Zeit es mir unmöglich scheint, in der Parteispitze oder einer leitenden Stellung der Partei zu arbeiten. Ich glaube, daß dazu notwendig ist ein Vertrauen, ohne das die Arbeit ja undenkbar ist. Ich denke, Genossen, daß aber durch die Arbeit in der Partei, durch die praktische Arbeit, dieses Vertrauen, das erschüttert ist, wieder gewonnen werden kann, wieder gewonnen werden muß. Dies ist die Voraussetzung zu einer erfrischenden Arbeit. Ich glaube, das können wir uns sagen, wir haben eine schwere Zeit durchgemacht, wir haben sie durchgesehen und ich habe das den inländischen und ausländischen Genossen, die mit mir gelaugt haben, mit der Partei sei nichts

zu machen, wiederholt gesagt: daß die Genossen, die diese Zeit durchgehalten haben, trotz aller Fehler und Unklarheit ein gutes Fundament sind, und zugleich der Beweis, daß in der österreichischen Partei ein Kern vorhanden ist, auf dem gebaut werden kann. Und ich glaube, daß wir sagen können: Trotz der scharfen Kämpfe unter uns — wir haben uns gründlich die Köpfe zerzaust — und trotz aller Differenzen unter uns, werden wir eifern zusammenarbeiten für unser gemeinsames Ziel, für die gemeinsame Arbeit, im Rahmen der Komintern, im Rahmen, den die Partei uns stellt.